

Protokoll der 33. Sitzung des StuRa am 19.05.2015

Stand: 2. Juni 2015, 18:10

**Änderung 02.06: Einpflegen von Persönlicher Erklärung zu Beginn
von TOP 8**

Ort: Neuer Hörsaal Physik, Albert-Ueberle-Str. 3-5

Hinweis: **Rollstuhlfahrer*innen oder mobilitätseingeschränkte Personen** können den Hörsaal nur über den Philosophenweg, dafür aber relativ leicht erreichen – bitte vorher melden und möglichst Taschenlampe o.ä. mitbringen.

Nachtblinde Personen oder Personen mit eingeschränkter Sehfähigkeit: die Treppen zum Hörsaal sind nicht so gut beleuchtet – ggf. vorher lieber melden oder eine Begleitung suchen. Wer mit dem Auto anreist: es gibt **Parkmöglichkeiten** – bitte vorher melden!

Termine von AKs, Referaten, Ausschüssen und Kommissionen rechts oben auf der StuRa-Seite:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/>

Anträge, Mitteilungen, Fragen, Anregungen, Berichte etc. bitte an:
"[situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)"

Sitzungsunterlagen und Protokolle findet ihr hier:

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/protokolle-antraege-beschluesse-2-legislatur.html>

Tagesordnung für die 33. StuRa-Sitzung am 14.05.15

TOP 1: Begrüßung.....	4
TOP 2: Beschluss der Tagesordnung.....	4
TOP 3: Verabschiedung von Protokollen.....	4
TOP 4: Info: Mitteilungen, Kurzberichte, Termine.....	5
4.1 Info: Mitteilungen der Sitzungsleitung, der Vorsitzenden der VS, der Referate und sonstige Berichte.....	5
(a) Allgemeine Infos.....	5
4.2 Info: Termine: Treffen, AGen, Vortreffen, Partys etc.....	6
(a) Info: Partytermine:.....	6
(b) Termine des StuRa:.....	7
(c) Landeslehrpreis 2015.....	7
(d) festival contre le racisme.....	7
(e) Nächster AGSM-Termin muss vereinbart werden.....	8

TOP 5: Info: Ausschreibungen für Referate etc. des StuRa.....	8
5.1 Ausschreibung Vorsitz der VS – weiblich.....	9
5.2 Ausschreibung Vertreterversammlung Studierendenwerk.....	9
5.3 Ausschreibung Verwaltungsrat Studierendenwerk.....	9
5.4 Ausschreibung für das Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda) ..	9
5.5 Ausschreibung Referat politische Bildung.....	9
5.6 Ausschreibung für die/den VS-Vertreter*in in den Fakultäten.....	9
5.7 Ausschreibung für den/die Finanzreferent*in der VS.....	10
5.8 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss.....	10
5.9 Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung.....	10
5.10 Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss.....	10
5.11 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit.....	10
5.12 Aufruf zur Kandidatur für das Gremien- und Konstitutionsreferat.....	10
5.13 Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat.....	10
5.14 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und Lernen.....	11
5.15 Aufruf zur Kandidatur für das Verkehrsreferat.....	11
5.16 Aufruf zur Kandidatur für das Sozialreferat.....	11
5.17 Aufruf für das Referat für internationale Studierende.....	11
5.18 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat).....	11
5.19 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Angelegenheiten des Studierendenwerks (StuWe-Referat).....	11
5.20 Aufruf zur Kandidatur für das Queerreferat (Referat für Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung).....	11
5.21 Aufruf zur Kandidatur für die Steuerungsgruppe Lehramt.....	11
5.22 Aufruf für studentische Mitglieder in der Gemeinsamen Kommission Geoarchäologie	12
5.23 Aufruf zur Kandidatur für die Findungskommission Lehramt.....	12
5.24 Ausschreibung für die Vorbereitungsgruppe für die Studienaufaktmesse.....	12
TOP 6: Info: Ausschreibung für Senats- und andere uniweite Ausschüsse.....	13
6.1 Gemeinsame Kommission Geoarchäologie (GKGA).....	13
6.2 Senatsausschüsse und -kommissionen.....	13
TOP 7: EPG1-Mandatierung (Dringlichkeit beantragt).....	13
TOP 8: Finanzanträge.....	14
8.1 Vortragsreihe Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) (2. Lesung).....	14
8.2 Finanzierung der Denkerinnenkonferenz (2. Lesung).....	16
8.3 Finanzierung eines rechtlichen Gutachtens (1. Lesung).....	18
TOP 9: Protestaktion gegen die Lehramtsreform.....	20
TOP 10: Kandidaturen für Referate etc. des StuRa.....	20
10.1 Referat „Lehre und Lernen“.....	20
(a) Anna-Sophie Nickel (2. Lesung).....	20
(b) Fabian Kunz (2. Lesung).....	21
10.2 Bestätigung für die Lehramtsfindungskommission (Dringlichkeit beantragt).....	22
(a) FiKo Deutsch als Zweitsprache.....	22

(b) FiKo Gesellschaft und Politik.....	23
(c) FiKo "Kulturelles Erbe.....	24
10.3 Bestätigung des Referenten des autonomen Referats für für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung aufgrund kultureller Zuschreibungen (1. Lesung)...	24
10.4 Vertreterversammlung des Studierendenwerkes.....	24
(a) Charlotte Oertel.....	24
TOP 11: Wahlen und Urabstimmungen.....	25
11.1 Info: Allgemeine Informationen.....	25
11.2 Fachschaftsratswahlen.....	26
11.3 Sprechstunde der AG-Wahlen.....	26
TOP 12: Satzungen der Studienfachschaften.....	26
12.1 Änderung der Satzung der SFS Ostasiatische Kunstgeschichte.....	26
12.2 Satzungsänderung der Studienfachschaft Jura (1. Lesung).....	26
12.3 Änderung der Satzung der SFS Mittellatein / Mittelalterstudien (1. Lesung).....	27
12.4 Bekanntgabe der Kooperation der SFS American Studies & Mittellatein/Mittelalterstudien im Sinne des § 14 der Organisationssatzung.....	28
TOP 13: Änderungen in der Organisationssatzung und Finanzordnung	28
13.1 Änderung der Finanzordnung (vertagt).....	28
13.2 Antrag auf Änderung des Anhangs B der Organisationssatzung - Zuordnung von Studiengängen (2. Lesung).....	29
13.3 Senkung des Beitrags für die VS (1. Lesung).....	30
TOP 14: Blockupy (verschoben und vertagt).....	33
14.1 Positionierung zu den Blockupy-Protesten (2. Lesung).....	33
(a) Ä1: Änderungsantrag zu inhaltlicher Positionierung zu den Blockupy-Protesten..	35
(b) Ä2: Stellungnahme zu den Blockupy-Protesten.....	41
14.2 Aufhebung des Blockupy-Beschluss des Referats PoBi (1. Lesung).....	42
TOP 15: Umbenennung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda) (1. Lesung) (Dringlichkeit).....	43
TOP 16: Plädoyer für Populismus (Diskussion).....	44
TOP 17: Positionierung des StuRa zu Verhandlungen mit VRNextbike (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	46
TOP 18: Solidarität mit der VS Freiburg (Dringlichkeit beantragt).....	47
TOP 19: Beendigung der Zusammenarbeit mit dem „ruprecht“ (1. Lesung) (vertagt).....	48
TOP 20: Ermöglichung der Online-Anmeldung für Sprachkurse im Zentralen Sprachlabor (1. Lesung).....	48
TOP 21: „The lost sons of Marx“ (1. Lesung).....	49
TOP 22: Sonstiges.....	49
Anlagen.....	49
Anlage 1 – Bericht des Referates für Lehre und Lernen.....	49
Anlage 2 – Abstimmungsempfehlungen für die Sitzung der Epg-kommission am	

Erläuterung zur Abstimmung:

Nach §7, Absatz 7 der Geschäftsordnung des StuRa, können Anträge erst in der Sitzung, die auf die Sitzung ihrer Vorstellung und Beratung folgt, abgestimmt werden. Bei den Abstimmungen gilt § 34 der Organisationssatzung.

Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Mehrheit gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

Hilfen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/How-To-GO.pdf>

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Glossar_StuRa.pdf

TOP 1: Begrüßung

Sitzungsbeginn: 19:30

Sitzungsende: 23:40

Protokoll: Rebecca Kleine-Kloza

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Vorstellung der neuen Tagesordnung: Finanzen und Protest gegen Lehramtsveränderungen werden vorgezogen; Dringlichkeiten werden vorgestellt; TOP 13.1 soll vertagt werden

Abstimmungshinweise:

Die Tagesordnung wird mit einfacher Mehrheit beschlossenen

Die Aufnahme neuer Tagesordnungspunkte bedarf der einfachen Mehrheit.

Anträge auf Dringlichkeit bedürfen der 2/3-Mehrheit. Dringlichkeitsanträge können bereits in erster Lesung beschlossen werden.

Es wird vorgeschlagen, Gäste vorzuziehen.

Abstimmung zum TOP Tagesordnung	Ja	Nein	Enthaltung
TOP 13.1. wird vertagt		-	-
TOP 14 ans Ende zu TOP 21	17	12	8

TOP 3: Verabschiedung von Protokollen

Protokolle werden nicht beschlossen, sie sind angenommen, wenn keine Änderungsanträge vorliegen. Bitte bedenkt, dass das Protokoll zur Außendarstellung des StuRa beiträgt und macht daher konkrete Vorschläge für Ergänzungen. Am besten schickt ihr sie vor der Sitzung an die Sitzungsleitung, damit sie ggf. schon im Vorfeld der Sitzung eingepflegt werden können.

Alle StuRa-Protokolle, auch die zu verabschiedenden findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/protokolle-antraege-beschluesse-2-legislatur.html>

TOP 4: Info: Mitteilungen, Kurzberichte, Termine

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

Unter diesem Tagesordnungspunkt findet ihr diverse Informationen, Bericht von allen Treffen und Sitzungen, zu denen der StuRa Mitglieder entsandt hat, Einladungen zu allerhand Veranstaltungen, unaufgefordert zugesandte Hinweise oder erbetene Antworten und dergleichen mehr.

Sofern nicht das Wort zu diesem TOP gewünscht wird, wird hierüber nicht im Einzelnen gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung und bei Interesse auch als eigenen TOP.

4.1 Info: Mitteilungen der Sitzungsleitung, der Vorsitzenden der VS, der Referate und sonstige Berichte

(a) Allgemeine Infos

Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) loben zum zehnten Mal den mit 50.000 Euro dotierten "Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre" aus.

Der Preis wird im Jahre 2015 an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin - ggf. auch stellvertretend für ein Team - für herausragende und innovative Leistungen im Bereich des Digitalen Lehrens und Lernens verliehen. Für die Auszeichnung ist neben einer exzellenten Didaktik und Lehrqualität sowie der beratenden Unterstützung der Studierenden ausschlaggebend, inwieweit der Preisträger über die eigenen Lehrveranstaltungen hinaus Impulse für die Weiterentwicklung der Hochschullehre gegeben hat.

Vorschläge können von Fakultäten und Fachbereichen oder den Fachschaften eingereicht werden. Eigenbewerbungen sind zulässig. Bewerbungsschluss ist der 10. Juli 2015.

Nähere Informationen zum Verfahren sowie Ausschreibungsunterlagen erhalten Sie unter www.ars-legendi-preis.de [1] oder unter www.hrk.de/lehrpreis [2].

Bitte geben Sie die Informationen an interessierte Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Hause weiter. Über Ihre Beteiligung würden wir uns sehr freuen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Viele Grüße aus Essen

Dominique Ostrop
Bereich Programm und Förderung
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Postanschrift: Barkhovenallee 1, 45239 Essen
Besucheradresse: Rellinghauser Str. 3, 45128 Essen

Tel. (02 01) 84 01-1 62
Fax (02 01) 84 01-2 15

E-Mail: dominique.ostrop@stifterverband.de

4.2 Info: Termine: Treffen, AGen, Vortreffen, Partys etc.

Einige ausgewählte Termine

Ausführliche Informationen zu diesen Terminen findet ihr immer auch auf der StuRa-Seite (s.u.)

Was?	Wann?	Wo?	Weitere Infos/Vortreffen
AG Wahlen	Jeden Freitag 14:00-16:00	StuRa-Büro	
Eröffnung der Heidelberg School of Education	Freitag, dem 12. Juni 2015, 15 Uhr	Neue Aula der Neuen Universität	http://sofo-hd.de/event/1431652008

Die Liste der Termine ist eher zufällig. Die Treffen von Arbeitskreisen und Referaten, Sitzungstermine des StuRa oder seiner Kommissionen werden Mittwochmorgen alle verschickt, die nächsten Termine finden sich auf der StuRa-Seite rechts in der Terminspalte. Alle Termine findet ihr hier:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=30&tag=uni&style=Hochschul%25und%25Bildungspolitik>

Die Termine von Gremien werden hier nochmals gesondert aufgeführt:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=0&tag=gremien&title=Gremientermine>

Außerdem werden alle Termine einmal in der Woche, am Mittwoch, um 9:30, über die wichtigsten StuRa-Info-Verteiler verschickt, so dass ihr alle Termine kompakt in einer Mail habt.

Informationen zu den StuRa-Verteilern findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/interessante-mailinglisten/>

(a) Info: Partytermine:

findet ihr hier:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=50&tag=party>

(b) Termine des StuRa:

Sommersemester 2015:

19. Mai

02. Juni

16. Juni

30. Juni

14. Juli

Im Notfall kann eine Sondersitzung am 21. Juli durchgeführt werden.

Wintersemester 15/16:

13.10.15

27.10.15

10.11.15

24.11.15

(c) Landeslehrpreis 2015

An die Studiendekaninnen und Studiendekane,

an die Fakultätsgeschäftsführerinnen und Geschäftsführer,

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2015 wird das Ministerium wieder einen Landeslehrpreis vergeben, ein Rundschreiben sowie die Ausschreibungsunterlagen sind dieser Mail beigelegt. Bitte beachten Sie die im Rundschreiben angegebene Frist für die Vorlage bei der Verwaltung (Mittwoch 20. Mai 2015) sowie die Angaben zum durchzuführenden Verfahren. Nicht form- bzw. fristgerechte Anträge können leider nicht berücksichtigt werden.

Die Unterlagen können auch direkt unter der Adresse

<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/ausschreibungen/> [1]

heruntergeladen werden.

(d) festival contre le racisme

Hallo zusammen,

in den letzte Wochen und Monaten ist es wieder sehr deutlich geworden: Rassismus ist in unserer Gesellschaft weiterhin ein brandaktuelles Thema, das nicht zu unterschätzen ist. Es sind jedoch nicht nur die PEGIDA-Demonstrationen, sowie Nazi-Aufmärsche und ihre Auswirkungen auf die Stimmung in der Gesellschaft, die uns Sorge bereiten. Neben sehr offensichtlichen Formen von Rassismus ist dieser so tief in unserem Denken verankert, dass es selbst bei guten Intentionen häufig zu rassistischen Denkmustern, Äußerungen und Handlungen kommt.

Mit dem diesjährigen

festival contre le racisme

vom 05. bis 13. Juni

wollen wir zum 5ten Mal in Heidelberg eine Plattform bieten, auf der sich interessierte Menschen mit unterschiedlichen Aspekten von Rassismus auseinandersetzen können. Das Festival soll einen Beitrag zu einer offeneren Gesellschaft leisten, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können. Wir hoffen auf ein buntes Programm, das eine Vielzahl von Menschen aus allen Lebensbereichen anspricht – und sich damit nach den Interessen aller Heidelberger Bürger*innen richtet. Dafür brauchen wir eure Hilfe! Wir freuen uns über Veranstaltungen verschiedenster Art: Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden, Filmvorführungen sind einige der Möglichkeiten.

Unsere Themenschwerpunkte für dieses Jahr sind:

- Verschiedene Formen des Rassismus mit einem Fokus auf latentem Rassismus und der Rolle von Sprache in der Produktion und Reproduktion rassistischer Denkmuster
 - Flüchtlingspolitik und die Situation von Geflüchteten auf regionaler und auf europäischer Ebene
 - Islamophobie und Islamfeindlichkeit; Antisemitismus und Antiziganismus
- Ein Großteil der Veranstaltungen soll zu diesen Themenschwerpunkten sein, da aber Rassismus sehr vielschichtig ist, freuen wir uns auch über mögliche andere Veranstaltungen.

(e) Nächster AGSM-Termin muss vereinbart werden.

Der Stura sollte sich beraten, welcher Termin als nächster AGSM-Termin präferiert wird.

Für die nächste Sitzung der AGSM kämen die beiden folgenden Termine in Frage:

22.6.2015, 15.00 – 16.30 Uhr

29.6.2015, 16.00 – 18.00 Uhr

Der 22.06 wird als Termin ausgewählt, da er für die meisten Interessierten besser passt.

TOP 5: Info: Ausschreibungen für Referate etc. des StuRa

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

Unter diesem Tagesordnungspunkt findet ihr die Aufrufe zur Kandidatur für Ausschüsse, Referate oder die Sitzungsleitung des StuRa sowie für die Mitglieder für StuRa-Kommissionen und ähnliches. Den Volltext der Kandidaturaufrufe findet ihr auf der Seite mit den Kandidaturaufrufen auf der StuRa-Homepage: <http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/ausschreibungen/>

Die Reihenfolge dieser Ausschreibungen ist latent chronologisch: die zuletzt erfolgten Ausschreibungen stehen zuoberst. Am Ende diejenigen, die schon länger ausgeschrieben sind, deren Reihenfolge wird aber manchmal geändert, um ähnliche Ausschreibungen aufeinander folgend zu machen und somit eine grobe Binnenstrukturierung zu erreichen. Die erstmalige Nennung markieren wir künftig mit „(NEU)“

5.1 Ausschreibung Vorsitz der VS – weiblich

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Vorsitz_weiblich.pdf

5.2 Ausschreibung Vertreterversammlung Studierendenwerk

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Vertreterversammlung.pdf

5.3 Ausschreibung Verwaltungsrat Studierendenwerk

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Verwaltungsrat.pdf

5.4 Ausschreibung für das Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda)

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_Oeffentlichkeitsarbeit.pdf

5.5 Ausschreibung Referat politische Bildung

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_PolBi.pdf

5.6 Ausschreibung für die/den VS-Vertreter*in in den Fakultäten

Für alle Fakultäten, die bisher keine Fakultätsfachschaftssatzung oder in dieser keine entsprechende Regelung haben, entsendet der StuRa die VS-Vertreter*innen.

Momentan gibt es nur für die Fakultäten für Physik und Astronomie sowie Mathematik und Informatik eine entsprechende Regelung. Für alle anderen 10 Fakultäten entsendet der StuRa.

An den Fakultäten mit einer Studienfachschaft ist deren Satzung automatisch die Satzung der Fakultätsfachschaft, aber die Regelung muss explizit aufgenommen werden, sonst muss weiterhin der StuRa entsenden, dies betrifft folgende drei Fakultäten: **Theologische Fakultät, Juristische Fakultät, Fakultät für Medizin Mannheim der Uni Heidelberg.**

Solange eine entsprechende Regelung nicht existiert, entsendet der StuRa.

Vorschlag für eine Formulierung für die Satzung (vgl. Satzung Physik)

(1) Die Studienfachschaft Physik bildet zugleich die Fakultätsfachschaft Physik.

(2) Über die Entsendung in den Fakultätsrat nach § 65a (6) LHG beschließt [GREMIUM EINFÜGEN]

An den anderen Fakultäten müssten die Studienfachschaften der Fakultät eine Fakultätsfachschaftssatzung beschließen; Muster hierzu gibt es bereits. Am einfachsten wäre es aber vermutlich, wenn die betroffenen SFSen sich kurzschließen und im StuRa einen Vorschlag

einbringen und mittelfristig an die Ausformulierung ihrer Fakultätsfachschaftssatzung gehen. Die betrifft folgende Fakultäten: **Philosophische Fakultät, Neuphilologische Fakultät, Fakultät für Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fakultät für Chemie und Geowissenschaften, Fakultät für Medizin Heidelberg, Fakultät für Biowissenschaften.**

5.7 Ausschreibung für den/die Finanzreferent*in der VS

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_FinanzreferentIn.pdf

5.8 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Haushaltsausschuss.pdf

Haushaltsausschuss hat sich in Wirtschaftsausschuss unbenannt. (Satzung muss aber noch geändert werden für den Namen)

Der Ausschuss ist zurzeit unbesetzt.

5.9 Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Sitzungsleitung.pdf

5.10 Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Wahlausschuss.pdf

5.11 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_%C3%96kologie_und_Nachhaltigkeit.pdf

5.12 Aufruf zur Kandidatur für das Gremien- und Konstitutionsreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_Konstitution_und_Gremien.pdf

Das Referat ist nur mit einer Referentin besetzt.

5.13 Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Kulturreferat.pdf

Das Referat nur mit einer Referentin besetzt.

5.14 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und Lernen

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Lehre_und_Lernen.pdf

5.15 Aufruf zur Kandidatur für das Verkehrsreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Verkehrsreferat.pdf

5.16 Aufruf zur Kandidatur für das Sozialreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Sozialreferat.pdf

5.17 Aufruf für das Referat für internationale Studierende

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_fuer_internationale_Studierende.pdf

Das Referat ist zurzeit unbesetzt.

5.18 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Au%C3%9Fen_neu.pdf

Das Referat ist nur mit einem Referenten besetzt.

5.19 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Angelegenheiten des Studierendenwerks (StuWe-Referat)

5.20 Aufruf zur Kandidatur für das Queerreferat (Referat für Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung)

5.21 Aufruf zur Kandidatur für die Steuerungsgruppe Lehramt

Zum Wintersemester 15/16 sollen alle Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master umgestellt werden und das Lehramtsstudium neu organisiert werden. Hierbei soll vor

allem die Kooperationen zwischen Universität und PH gestärkt und institutionalisiert werden.

Die Steuerungsgruppe berät und entscheidet über einiges, was damit zusammenhängt. Sie tagt auch in der vorlesungsfreien Zeit wöchentlich donnerstags von 13:00 bis 15:00.

Konkret sollen dort die Ausschreibungen für Professuren beschlossen werden. Was sonst noch, wissen wir jetzt auch nicht so genau.

Wendet euch bei Interesse bitte an:
sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de
cc: lehramt@stura.uni-heidelberg.de

Für inhaltliche Fragen wendet euch an den AK Lehramt:
lehramt@stura.uni-heidelberg.de
Treffen: vgl. Homepage des AK Lehramt
<https://www.stura.uni-heidelberg.de/arbeitskreise/ak-lehramt.html>

5.22 Aufruf für studentische Mitglieder in der Gemeinsamen Kommission Geoarchäologie

Siehe unten – Senats-Ausschüsse 7.1

5.23 Aufruf zur Kandidatur für die Findungskommission Lehramt

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/article/mitglieder-fuer-lehramts-findungskommissionen-gesucht.html>

5.24 Ausschreibung für die Vorbereitungsgruppe für die Studienauftaktmesse

(Auch online verfügbar)

Zu besetzen sind 2 Plätze

Aufgabe:

Planung der Studienauftaktmesse mit Personen aus der Studienberatung, KuM und Dezernat 2. Vor allem geht es darum, mitauszuwählen, welche Gruppen auf der Erstmesse vertreten sind und wo sie ihren Stand bekommen.

Fristen:

Kandidatur bis: 16.06.15

Vorstellung im StuRa: 16.06.15 oder vorher

Wahl im StuRa: 30.06. – oder 14.07.15

Bewerbungen bitte an: sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de

TOP 6: Info: Ausschreibung für Senats- und andere uniweite Ausschüsse

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

6.1 Gemeinsame Kommission Geoarchäologie (GKGA)

(Die GKGA ist zu vergleichen mit der GKTS). Da das Rektorat keinen direkt gewählten Fachrat will, wird im Senat eine Kommission gewählt, die als eine Art Fakultät und Studienkommission für den Studiengang fungiert.

Für die GKGA werden vor allem Studierende aus den direkt betroffenen Studiengängen gesucht, insbesondere aus dem Studiengang Geoarchäologie. Es sollten Studierende der Ur- und Frühgeschichte oder der Geowissenschaften kandidieren, es können formal aber auch Studierende der Klassischen Archäologie, Japanologie oder Chemie Lehramt kandidieren. Einzige Voraussetzung ist, dass man an einer der betroffenen Fakultäten immatrikuliert ist, egal für welches Fach oder welchen Studiengang.

Es wäre aber sehr schön, wenn auch jemand, der/die Geoarchäologie studiert oder studieren will, kandidiert.

6.2 Senatsausschüsse und -kommissionen

Komplette Ausschreibung:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Senatsausschuesse.pdf

Aktuelle Informationen zu den Senatsausschüssen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/archive/2014/september/23/article/mitglieder-fuer-senatsausschuesse-gesucht.html>

TOP 7: EPG1-Mandatierung (Dringlichkeit beantragt)

// Anmerkung der Sitzungsleitung: Da die TOP-Verantwortliche nur bis 20 Uhr anwesend sein kann, wird vorgeschlagen, diesen TOP vorzuziehen.

Worum geht es? Es werden verschiedene Veranstaltungsvorschläge für EPG1-Kurse im WS 2015/16 gesichtet. Die EPG1-Kurse werden über QuaSiMi finanziert. Bei deren Vergabe darf die Verfasste Studierendenschaft mitreden und hat ein aufschiebendes Veto-Recht. Dadurch kann man

studentischen Vorschlägen etwas Nachdruck verleihen und einen gewissen Einfluss auf die Vergabe der Mittel nehmen. Es ist wichtig, diesen verantwortungsvoll zu nutzen!

Das EPG (Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium) ist verpflichtender Bestandteil aller Lehramtsstudenten (nach GymPO). Alle EPG1-Kurse finden in Heidelberg am Theologischen und Philosophischen Seminar statt.

Der StuRa beschließt eine Mandatierungsempfehlung für die beiden StuRa-Vertreter*innen Karla und Isabella.

Die Abstimmungsempfehlung ist als Anlage 2 angehängt.

Info: Ethisch-philosophisches Grundlagenstudium: Lehramtsaufträge für kommendes Semester wird beschlossen werden. Abstimmungsempfehlung in der Anlage. Beurteilung durch aufgelistete Punkte (siehe Anlage).

Frage: Warum wird es im StuRa besprochen, wenn es um fachspezifische Angelegenheiten geht?

Antwort: Über die Mandatierung hat der StuRa die Möglichkeit auf die Sache Einfluss zu nehmen. Es sind mehrere Fakultäten (außer Mannheim) betroffen.

Kommentar: Bisher wurde über Quasi-Mittel noch nicht tiefer gehend geredet.

Antwort: Erfahrungen aus der letzten Legislatur, in der es Abstimmungen gab.

Info: Es geht bei den Seminaren auch um Hilfskraftstellen. Zur Vorbereitung der Vorschläge für die nächste Periode werden Menschen als Unterstützer gesucht.

Frage: Werden nur normative Fragestellungen behandelt? Oder können auch soziologische Themen eingebracht werden?

Antwort: In der Prüfungsordnung steht bisher der obige Titel. Möglichkeiten für Vorschläge bestehen.

Kommentar: Nachvollziehbare Beschreibung, Anwendungsbezug.

Abstimmung zum TOP EPG1-Mandatierung	Ja	Nein	Enthaltung
EPG1-Empfehlung	Mehrheit	-	3

TOP 8: Finanzanträge

Persönliche Erklärung: Alexander Hummel

Angesichts des Aufrufens des Tagesordnungspunktes „Finanzanträge“, würde ich gerne eine persönliche Erklärung zur politischen Kultur im Studierendenrat abgeben. Zunächst würde ich euch gerne meine Beobachtungen mitteilen, die ich bei der letzten StuRa-Sitzung beim Tagesordnungspunkt „Finanzanträge“ gemacht habe.

Bei der letzten Sitzung StuRa-Sitzung haben wir über zahlreiche Finanzanträge diskutiert. Es gab dazu einige Nachfragen. Manche waren im Ansatz kritisch, aber – und das ist entscheidend – eine Diskussion fand nicht statt.

Es gab bei der Abstimmung zu zweien der Finanzanträge ein extrem hohes Maß an Enthaltungen, bei gleichzeitig keinen Gegenstimmen. Nur knapp sind die Anträge nicht an einer Enthaltungsmehrheit gescheitert. Um welche Anträge es dabei ging, ist nicht entscheidend, da diese Abstimmungen Ausdruck einer allgemeinen politischen Kultur im Studierendenrat sind – einer sehr problematischen politischen Kultur.

Skandalös am Vorgang ist, dass Anträge fast gescheitert wären, trotz dass überhaupt nicht irgendwie geäußert wurde, was daran die Kritik ist und damit eine Diskussion von vornherein verunmöglicht wurde. Dabei ist die Diskussion neben der konkreten Abstimmung das Kernstück der Demokratie. Anders gesagt: Formal betrachtet besteht der demokratische Prozess, die Demokratie, stets aus zwei Kernelementen: der Dezision (Beschluss/Entscheidung) und die Deliberation (die Diskussion im Vorfeld u.a. über diese Entscheidung). Wo Kritik nicht geäußert wird, wird eines der beiden Kernelemente der Demokratie verhindert.

Warum geschieht dies? Meine Vermutung wäre, dass einige Personen kein Bedürfnis, kein Interesse oder schlicht keinen Bock auf politische Diskussion haben. Man möchte potentiellen Konflikten aus dem Weg gehen um bloß nicht miteinander zu streiten. Aber was wir nie vergessen dürfen: Konflikt und Streit ist notwendig für Politik und Demokratie. Wo dieser Streit nicht da ist, endet die die Politik und die Demokratie.

Um das zu verdeutlichen würde ich gerne – schließlich bin ich Referent für Politische Bildung – aus einer Publikation der Bundeszentrale für Politische Bildung zitieren:

Ungeachtet dessen, was wir aus vielen Lagern hören, ist die derzeit vorherrschende Form konsensorientierter Politik weit davon entfernt, einen Fortschritt in Sachen Demokratie darzustellen – ein Zeichen dafür, das wir, wie Jacques Rancière es formuliert, in der „Post-Demokratie“ leben. Seiner Ansicht nach setzen die konsensorientierten Verfahrensweisen, die man heute zum Modell für die Demokratie machen will, im Gegenteil das Verschwinden dessen, was den lebendigen Kern der Demokratie ausmacht: „Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, eine Demokratie, die die Erscheinung die Erscheinung und den Streit des Volks liquidiert hat.“ (Chantal Mouffe: Über das Politische)

Man ersetze hier Volk durch Studierende und wir haben eine gute Beschreibung des Problems mit dem wir es hier zu tun haben. Wo kein Streit ist, da endet die Politik und die Demokratie – auch in diesem Gremium.

Angesichts dessen fordere ich in der kommenden Debatte zu den Finanzanträgen alle dazu auf, das wenn sie Widerspruch haben, diesen nicht für sich zu behalten, sondern ihn in dieses Gremium zu tragen, damit wir darüber diskutieren können. Wenn wir darauf verzichten, denn ansonsten nehmen wir uns selbst als Gremium nicht ernst.

8.1 Vortragsreihe Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) (2. Lesung)

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) veranstaltet im Sommersemester 2015 zum dritten Mal eine öffentliche Vortragsreihe mit externen Referenten an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Vortragsreihe wird von Studierenden und Promovierenden der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Universität Mannheim organisiert. Die Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen.

Unser Ziel ist es, die Themenbereiche Tierethik und Tierrechte Studierenden und der breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Damit beabsichtigen wir, einem Bewusstseinswandel in Bezug auf das Mensch-Tier-Verhältnis Rechnung zu tragen, der sich aktuell beobachten lässt und der nicht nur von wissenschaftlicher, sondern von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist.

Um ein möglichst umfassendes Bild der vielfältigen und komplexen ethischen Fragestellungen und Herausforderungen beim Umgang des Menschen mit Tieren in verschiedenen Handlungsbereichen zu vermitteln, sollen Beiträge aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen versammelt werden. In diesem Jahr soll der Grundstein zu einer regelmäßigen, monatlich stattfindenden Veranstaltungsreihe gelegt werden mit dem Titel:

„Tierethik-Akademie“

Diese Veranstaltungsreihe soll langfristig nicht nur Gastvorträge externer Referenten umfassen, sondern auch dem akademischen Nachwuchs eine Plattform bieten, eigene Arbeiten mit tierethischem Bezug vorzustellen bzw. Seminar-ähnliche Informations- und Einführungsveranstaltungen zu organisieren.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie gerne um finanzielle Unterstützung unseres Projekts bitten, das einerseits das Veranstaltungsangebot der Universitäten Heidelberg und

Mannheim fächerübergreifend bereichert, andererseits aber auch einer breiten Öffentlichkeit den Zugang zu den Themenbereichen Tierethik und Tierrechte ermöglicht und damit den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die ethischen Dimensionen der Mensch-Tier-Beziehungen fördert.

Hierbei beschränkt sich unser Engagement nicht nur auf die Ausrichtung der Vortragsreihe selbst, sondern umfasst auch die Bereitstellung der aufgezeichneten Vorträge auf unserer Website (www.ag-tierethik.de)

sowie eine inhaltliche Nachbereitung in Form von Kurzzusammenfassungen, die ebenfalls online abrufbar sein werden. Diese Angebote sind natürlich frei zugänglich und kostenfrei.

Im letzten Jahr haben im Durchschnitt rund 40 Personen unsere Vorträge besucht. Aus der ersten Veranstaltungsreihe ging ein Sammelband hervor, der in Fachkreisen positive Resonanz erzeugt und zur Etablierung der Vortragsreihe beigetragen hat. Durch die Bereitstellung der Vorträge und entsprechender Zusammenfassungen auf unserer Website ebenso wie durch umfassendes Engagement in sozialen Netzwerken stellen wir auch mittel-

bzw. langfristig die öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung unserer Vortragsreihe sicher.

Unser Engagement ist vollständig ehrenamtlich. Allerdings entstehen durch die Einladung der Referenten Reise-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Honorarkosten. Zur Deckung dieser Kosten benötigen wir Ihre Unterstützung.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns unterstützen und damit die Fortsetzung einer in der Öffentlichkeit etablierten und auch in Fachkreisen renommierten Veranstaltungsreihe

ermöglichen würden. Eine vorläufige Übersicht mit Informationen zu den geplanten Terminen, Referenten und Themen finden Sie in dem angehängten Dokument „**Geplante Beiträge**“ [Anm. d. Sl.: [Zum Download hier verfügbar](#)]. Eine vorläufige Berechnung der Kosten finden Sie in dem angehängten

Dokument „**Kalkulation**“. [Anm. d. Sl.: [Zum Download hier verfügbar](#).]

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rebecca Kleine-Kloza

Mitglied des IAT-Organisationskomitees

Studentin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

&

Jens Tuider

Mitglied des IAT-Organisationskomitees

Doktorand an der Universität Mannheim

Kommentar zu Finanzanträge im Allgemeinen: Letzte StuRa-Sitzung: viele Anträge, viele Fragen, aber keine kritische Diskussion, hohe Zahl von Enthaltungen, dadurch Anträge schlechter gestellt (trotz fehlender Diskussion). Resultierende Frage: Konfliktscheu? Politische Kultur? (Auszug aus Veröffentlichung der Bundeszentrale für Politische Bildung über Demokratie / Post-Demokratie) → Demokratie heißt auch „Streiten“, daher soll Kritik und Diskussion stattfinden. (Wird schriftlich in Gänze nachgereicht)

Frage: Welche Anträge genau sind gemeint?

Antwort: Allgemeine Anmerkung.

Kommentar: Grund sind evtl. Sitzungsverteilungen.

Kommentar: Missverständnis liegt vor. Es geht darum, dass Enthaltungen Widerwillen bezeugen. Antragstellende Personen sollten bereits in der Diskussion einen Hinweis auf Kritik bekommen.

Frage: Kann man Fragen zu Finanzanträgen bereits im Vorfeld stellen? Damit wäre mehr Zeit für strukturierte Diskussion Fehlen von Kompetenz im jeweiligen Feld.

Mehrere Fragen zum Thema „Finanzvolumen abschätzen“ (Maximalwerte angeben, minimale oder genauere?).

Abstimmung:

Mehrheit auf Sicht

Enthaltungen:3

Gegenstimmen: 1

Abstimmung zum TOP 8 Finanzanträge	Ja	Nein	Enthaltung
8.1 Vortragsreihe IAT	Mehrheit	1	3

8.2 Finanzierung der Denkerinnenkonferenz (2. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

1200 Euro

400 Euro werden vom Gleichstellungsbüro der Universität Heidelberg übernommen (für Unterkunft, Reisekosten der Referentinnen).

Deshalb beantragen wir hiermit die Kostenübernahme von 800 Euro durch den StuRa.

Wer seid ihr:

Denkerinnen, Studentinnen aus dem Rhein-Main-Neckar Gebiet, Bloggerin der Online-Zeitschrift: www.denkerinnen.de, Kontaktperson: Cansu Güler (C.Gueler@stud.uni-heidelberg.de), 01523/1759619, wir kooperieren mit:

- Gleichstellungsbüro der Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Markus Pohlmann (Institutsdirektor des Max-Weber-Instituts für Soziologie)
- Prof. Dr. Katja Patzel-Mattern (Gleichstellungsbeauftragte der Philosophischen Fakultät)
- Prof. Dr. Monika Buhl (Institut für Bildungswissenschaft)
- Fachschaft Soziologie
- Studierendenrat der Universität Heidelberg

Was soll finanziert werden:

Folgende Kosten sind noch nicht gedeckt:

- Plakate 200 Euro (20xA3, 10xA2)
- Flyer 70 Euro (2000xA5)
- Referentinnen-Honorar je 200 Euro für die zwei Workshopleiterinnen 400 Euro also insgesamt
- Catering 265 Euro (Kaffee, Tassen vom Studentenwerk, Wasser, Orangensaft, Brezel, Äpfel, Bananen)*

Worum geht es in dem Antrag:

Unter dem Motto „Anders Arbeiten! Anders Studieren? Bildung und Arbeitswelt zwischen Erwartungen und Realität“ findet an der Universität Heidelberg die zweite Denkerinnen-Konferenz statt. Mit Theresia Bauer, der Wissenschaftsministerin des Landes Baden Württemberg, möchten wir Studierenden über dieses Thema diskutieren. Anschließend geht es darum sich Gedanken über neue Modelle der Arbeitswelt zu machen und folgende Fragen zu besprechen: Mit welchem Ziel studieren? Wohin führt der Bologna-Prozess? Wie wollen wir arbeiten? Gib deiner Stimme Gewicht! Sag, wie du dir deine Arbeitswelt vorstellst!

Weitere Informationen:

Das Gleichstellungsbüro wird uns finanziell unterstützen. Aber nur zum Teil. Und übernimmt keine Kosten für eine kleine Nervennahrung zwischen dem Impulsvortrag von Frau Ministerin Bauer und den Workshops und kein Referentinnenhonorar.

Wir befürchten, wenn es in diesem Format einer Veranstaltung kein Catering gibt, kein Raum entstehen wird, in welchem sich die Teilnehmer austauschen können – was im Sinne der Hochschule zu fördern ist. Ebenso geht es darum, den TeilnehmerInnen zu ermöglichen, sich ausgiebig über die Impulse auch mit Frau Bauer noch austauschen zu können. Da die Workshopräume weit weg vom Impulsvortragssaal sind, wäre der

Kaffeestand sehr wichtig, um die TeilnehmerInnen nicht zu verlieren. Der Campus Bergheim verleitet dazu, dass man als TeilnehmerIn ggf. auf dem Weg vom Hörsaal in die Workshopräume sich doch dazu entscheidet lieber zu gehen. Der Catering-Service vor den Workshopräumen würde auch dazu dienen, dass sich die TeilnehmerInnen in den Räumlichkeiten der Interaktion und des regen Austausches wiederfinden. Denn unser Anlass ist es, Frau Theresia Bauer zu zeigen, dass wir uns dafür interessieren, worüber sie letztendlich entscheidet.

Deshalb unser Antrag an euch. Auch letztes Jahr stellten wir zur ersten Konferenz einen Antrag, auf welchen ihr zugesichert hattet, dass eine finanzielle Unterstützung möglich sein wird. Bedauerlicherweise gab es jedoch finanz-technische Probleme. Ihr sagtet (Kirsten und bei der Versammlung), dass ihr damals derzeit keine Gelder habt und dass sie noch kommen werden, und dass ihr euch dann melden werdet – was leider nicht passierte. Deshalb unsere Frage und Bitte, ob es möglich wäre, dieses Jahr eine Unterstützung zu erhalten. Ich selber war letztes Jahr bei der Versammlung auch da und werde entweder wieder selber da sein, oder meine Kollegin Annelen Fritz von der Fachschaft der Soziologie der Universität Heidelberg.

Kommentar: Was fehlt ist evtl. die Offenheit der Denkerinnenkonferenz?

Kommentar: Es geht 800 Euro, die Angabe in der Vorstellung war nicht korrekt. Genderter Titel.

Abstimmung:

Mehrheit auf Sicht

Nein: 1

Enthaltungen: 10

Antrag angenommen

Abstimmung zum TOP 8 Finanzanträge	Ja	Nein	Enthaltung
8.2 Denkerinnenkonferenz	Mehrheit	1	10

8.3 Finanzierung eines rechtlichen Gutachtens (1. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

2000,00€

Wer seid ihr:

Gesundheitsreferat, Refera LeLe

Was soll finanziert werden:

Ein rechtliches Gutachten.

Worum geht es in dem Antrag:

Wir möchten ein Gutachten erstellen lassen, ob es rechtlich in Ordnung ist, Studierenden zu verweigern, Kurse mit weniger Leistungspunkten abzuschließen.

Weitere Informationen:

Aktuell haben wir folgende Fälle:

- Eine Studierende muss eine vorgeschriebene Vorlesung mit 3LP besuchen, um am Ende ihre BA-Arbeit schreiben zu dürfen. Allerdings wurde die Vorlesung in den letzten Semestern nicht angeboten. Die Vorlesung würde frühestens im Jahr 2016 wieder angeboten werden. Daher solle sie stattdessen ein Seminar besuchen. Das Problem, der Dozent weigert sich weniger LP zu geben, sprich sie soll alle Leistungen erbringen, die für 6LP nötig sind, obwohl sie nur 3LP braucht.
- Studierende benötigen nicht so viele Leistungspunkte, um ihre Module abzuschließen, nun müssen sie mehr Leistungen als nötig erbringen.
- Mehrere Studierende besuchen Kurse aus Interesse und sind nicht daran interessiert alle Leistungen zu erbringen. Auch sie werden nun gezwungen alle Leistungen zu erbringen bzw. können keine Sitzschemen mehr machen.

Vorstellung: Pflichtvorstellung wird nicht regelmäßig angeboten, das macht es für Bachelor schwierig. Ebenso ist die Ausschilderung durch ECTS ungünstig. Darum soll das rechtliche Gutachten eingeholt werden. Um Feedback zur Reduzierung des Mehraufwands im Studium wird gebeten.

Frage: Geht es prinzipiell darum, dass man sich ECTS „zurecht schneiden“ kann? Oder das man Veranstaltungen einfacher wählen kann?

Antwort: Es geht darum, sich die Bepunktung zurecht zu „schneiden“. Dazu braucht es eine Grundlage.

Frage: Was soll ein Rechtsgutachten in der Sache bringen? Problem liegt nicht in Handhabung, sondern es geht um den konkreten Fall (Bsp. Punktverteilung im Proseminar deutlich gegeben, aber die Umsetzung bereitet Probleme).

Kommentar: Kommt man jedoch an Dozierende heran, um die Umsetzung zu beeinflussen? In der nächsten Sitzung soll es eine weitere Äußerung geben.

Kommentar: Bringt es in der Argumentation etwas? Was wird das Gutachten überhaupt ergeben?

Kommentar: Im Modulhandbuch stehen genaue Angaben über die Erfüllung der Leistungen/ECTS.

Kommentar: Es gibt Fächer, bei denen Veranstaltungen nicht jedes Semester stattfinden. Das bereitet Planungsprobleme. Das betrifft auch die Master-Zulassungsaufgaben, bei denen eine schnelle Belegung notwendig ist. Es gibt ein Recht auf Fertigstellung des Studiums in Regelzeit.

Kommentar: Kontakt zu Sozialreferat, Änderungsvorschläge, Feedback wird angeregt.

Kommentar: Verwaltung muss eingreifen.

Kommentar: Soll nicht in die Hände der Studierenden gelegt werden, da es sehr viele Gründe gibt, Kurse nicht zu belegen wenn sie angeboten werden. Gibt es evtl. andere Gremien oder – wenn es wirklich keine Abschlussmöglichkeit gibt – gibt es individuell Klage-Formen?

Kommentar: Mit Kostenhilfe könnte ein Studierender gegen die Universität klagen.

Antrag auf Schluss der Redeliste. Keine Gegenstimme. Endgültige Redeliste wird erstellt.

Frage: Wie kommt der Betrag zustande?

Antwort: Sicherheitshalber Verdopplung des angedachten Betrags, da Kosten noch unsicher.

Kommentar: Teilung einzelner Veranstaltungen in Proseminar und Übung (siehe

Prüfungsordnungen).

Kommentar: Kontakt zur Fachschaft herstellen.

Kommentar: Es gibt auch die Möglichkeit der Studienberatung. Studienplanung ist Eigenverantwortung. Studienordnungen in die Hand der Studierenden zu legen ist schwer. Antrag ist auf einen Einzelfall gemünzt.

Entscheidung über Redeliste durch Sitzungsleitung wird angezweifelt. Ordnung: Erlaubt erneute Öffnung der Redeliste → Erneute Öffnung

Kommentar: Erfahrungen von anderen Universitäten und Studierenden im Ausland.

Verständnisfrage: Kann das durch Gespräch mit Studienberater geplant werden?

Antwort: Nein, z. B. Dozierenden-Mangel für Seminare.

Kommentar: Es muss möglich sein in Regelstudienzeit abzuschließen, verantwortlich ist die Universität. Möglichkeit zur Einflussnahme in der Akkreditierung.

Kommentar: Fachstudienberater wissen oft selbst nicht Bescheid. Mit Streichung der Mittel kann sich auch Planung ändern. Erfahrung: Bei drohendem Rechtsgutachten kann auch Kooperationsbereitschaft wachsen.

Kommentar: Fakultät oder Professor öffentlich anzugreifen verringert evtl. die Kooperationsbereitschaft. Öffentliche Handlung folglich nicht richtiger Schritt.

Reguläre Abstimmung nächste Woche.

TOP 9: Protestaktion gegen die Lehramtsreform

// Anmerkung der Sitzungsleitung: Da die TOP-Verantwortliche nur bis 21 Uhr anwesend sein kann, wird vorgeschlagen, diesen TOP vorzuziehen.

Weitere Informationen werden nachgereicht. Das Plakat für die Protestaktion kann auch [online abgerufen](#) werden.

Vorstellung: Es handelt sich um einen Positionierungsantrag (bei Option „erste Lesung“ bevorzugt). Es soll landesweit gegen Reform protestiert werden. Ziele: Aufmerksamkeit unter Lehramtsstudierenden schaffen, um Planung/Beratung rechtzeitig zu ermöglichen; Kritik an Reform äußern (z. B. für eine spätere Evaluation).

Überlegung zum zeitlichen Rahmen: 23/24. Juni (vor Bewerbungsfrist). Zielgruppe: Menschen vor Studium und im Studium.

Plakat: Vor-Fassung mit Mannheim und Karlsruhe entstanden. Evtl. kleinere Änderungen nötig.

Frage: Gibt es Überlegung zu inhaltlicher Information über Änderungen an der Universität (evtl. als Heftchen)?

Antwort: Wird gemeinsame Ba-Wü-Plattform (neueslehramt.de) geben. Wenn Prüfungsordnungen stehen, wird wohl Übersicht entstehen (Uni- und fachspezifisch).

Frage: Ist über Plakate noch mehr geplant? Demo vor Ministerium geplant?

Antwort: Befürchtung, dass nicht genügend Studierende auf die Straße gehen würden. AK dazu hat auch wenig Gäste.

Frage: Was macht StuRa hier genau?

Antwort: Unterstützung der Aktion. Evtl. Feld auf Plakaten, in dem unterstützende Studierendenschaften genannt werden. Studierendenschaften erhalten die Entwürfe.
Kommentar: Hinweis auf Möglichkeit eines Flashmob bzw. anderer Protestaktionen.
Kommentar: Information wird kommuniziert. Änderungswünsche von Freitag bis Montag nach Erhalt des Entwurfs.

TOP 10: Kandidaturen für Referate etc. des StuRa

10.1 Referat „Lehre und Lernen“

(a) Anna-Sophie Nickel (2. Lesung)

Liebe Kommiliton*innen,

in den letzten zwölf Monaten haben wir uns im Referat für Lehre und Lernen des StuRa für die Belange der Heidelberger Studis eingesetzt. Der Fokus in unserem Referat war vor allem der Abbau von Studienhindernissen und der Aufbau von Studienhilfen, allen voran der unentgeltlichen Rechtsberatung. Auch für Datenschutz und Datensparsamkeit haben wir uns eingesetzt und Erfolge erzielt. So haben wir die zuständigen Länderbehörden auf ein Datenleck in Moodle aufmerksam gemacht, das seit KW 17/2015 geschlossen ist und Dozierende darüber aufgeklärt, in welchen klar begrenzten Fällen Anwesenheit erfasst werden darf. Eine detaillierte Sammlung unserer Berichte befindet sich auf unserer Webseite. Wir würden uns freuen, wenn wir ein weiteres Jahr im Lele Referat arbeiten könnten. Themen, denen wir uns in den nächsten zwölf Monaten gerne widmen würden sind die Rechtsberatung, Lehramtsreform, Anwesenheitspflichten, Nachteilsausgleich für schwangere Studis.

Liebe Grüße,

Anna-Sophie Nickel
Fabian Kunz

[Anm. d. Sl.: Ein Bericht des Referats für Lehre und Lernen hängt als Anlage 1 an.]

(b) Fabian Kunz (2. Lesung)

Liebe Kommiliton*innen,

in den letzten zwölf Monaten haben wir uns im Referat für Lehre und Lernen des StuRa für die Belange der Heidelberger Studis eingesetzt. Der Fokus in unserem Referat war vor allem der Abbau von Studienhindernissen und der Aufbau von Studienhilfen, allen voran der unentgeltlichen Rechtsberatung. Auch für Datenschutz und Datensparsamkeit haben wir uns eingesetzt und Erfolge erzielt. So haben wir die zuständigen Länderbehörden auf ein Datenleck in Moodle aufmerksam gemacht, das seit KW 17/2015 geschlossen ist und Dozierende darüber aufgeklärt, in welchen klar begrenzten Fällen Anwesenheit erfasst werden darf. Eine detaillierte Sammlung unserer Berichte befindet sich auf unserer

Webseite. Wir würden uns freuen, wenn wir ein weiteres Jahr im Lele Referat arbeiten könnten. Themen, denen wir uns in den nächsten zwölf Monaten gerne widmen würden sind die Rechtsberatung, Lehramtsreform, Anwesenheitspflichten, Nachteilsausgleich für schwangere Studis.

Liebe Grüße,

Anna-Sophie Nickel

Fabian Kunz

[Anm. d. Sl.: Ein Bericht des Referats für Lehre und Lernen hängt als Anlage 1 an.]

Fragen zu Wahlvorschlägen an F. K.:

Frage: Bist Du Mitglied in Parteienverein etc. (Anhang)?

Antwort: CVJM, AK Lehramt (F. K.)

Frage: Wie viel kannst und willst Du tun?

Antwort: Da scheinbar frei ist Zeit.

Frage: Interesse in Partei einzutreten?

Antwort: Nein.

Frage: Wie siehst Du die Evaluierung der Studiengänge derzeit?

Antwort: Am besten im AK besprechen. Noch keine Vorerfahrung. Priorität:

Rechtsberatung aufbauen. Evaluation ist „auf dem Schirm“, aber noch nicht bearbeitet.

(Abstimmung zeitgleich mit 10.2.)

Abstimmung:

40 Stimmzettel abgegeben, keiner ungültig

Anna-Sophie Nickel: 38 = Ja, 0 = Nein, 2 = Enthaltung → nimmt Wahl an

Fabian Kunz: 39 = Ja, 0 = Nein, 1 = Enthaltung → nimmt Wahl an

10.2 Bestätigung für die Lehramtsfindungskommission (Dringlichkeit beantragt)

Die Referatekonferenz hat heute folgende Personen in Lehramtsfindungskommissionen entsandt, da die FiKos bereits tagen und nicht bis zum StuRa gewartet werden konnte.

Infos zur FiKos findet ihr hier:

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/article/mitglieder-fuer-lehramtsfindungskommissionen-gesucht.html>

Vorstellung: Für mehrere Kommissionen Menschen gesucht. Die bereits aufgelisteten Vorschläge sollen abgestimmt werden (beide Personen sind nicht anwesend, keine Fragen).

Abstimmung zum TOP Bestätigung für die Lehramtsfindungskommission	Ja	Nein	Enthaltung
FiKo DaZ – Juliane Hinrichs	35	1	4
FiKo GuP – Heike Böhler	35	1	4

(a) FiKo Deutsch als Zweitsprache

Juliane Hinnerichs

Hallo liebe KommilitonInnen!

Hiermit möchte ich mich um einen Platz in der Findungskommission für die Post-Doc und Doktorandenstelle im Bereich "Deutsch als Zweitsprache" bewerben.

Ich studiere im vierten Semester im Master "Deutsch als Zweitsprache". Zuvor habe ich meinen Bachelor in "Patholinguistik" in Potsdam gemacht, danach habe als Sprachtherapeutin gearbeitet und bin viel rumgereist, bevor ich den Master am IDF in Heidelberg begonnen habe.

Das Studium macht mir großen Spass und ich fühle mich sehr zuhause am Institut, wohl auch durch mein Engagement in der Fachschaft (seit dem ersten Semester, im Oktober 2013).

Gerne würde ich in der Findungskommission mitwirken, da es mir sehr am Herzen liegt, für unser Institut nicht nur wissenschaftlich, sondern auch didaktisch kompetente Mitarbeiter zu finden. Durch meine Erfahrung als Studentin und alles, was ich als Fachschaftsmitglied von anderen Studenten mitbekomme, weiß ich, dass eine zentrale Fähigkeit der Institutsmitarbeiter sein sollte, ihr Wissen adäquat weiter zu vermitteln.

Mir wurde mitgeteilt, dass ich mich ,abgesehen von dieser kurzen, schriftlichen Bewerbung, am besten persönlich in der Konferenz am 12ten Mail vorstellen sollte.

Da ich mich neben dem Studium hauptsächlich um die Betreuung meines 8-Monate alten Sohnes kümmere, stellen für mich Abendtermine eine große Herausforderung dar.

Ist es möglich, mich auch in Abwesenheit zu wählen? Wenn noch weitere Fragen zu meiner Person bestehen, kann ich diese auch gerne schriftlich beantworten.

Viele Grüße,
Juliane Hinnerichs

(b) FiKo Gesellschaft und Politik

Heike Böhler

Kurzsteckbrief:

Name: Heike Böhler

Alter: 24

Studium: Gymnasiallehramt Politik- und Wirtschaftswissenschaften und Französisch

Fachsemester: 9

Liebe Mitglieder des StuRa,

Hiermit möchte ich für den Platz der studentischen Vertretung in der Findungskommission des Projekts heiEDUCATION zum Cluster „Gesellschaft und Gesundheit“ kandidieren. Bei meiner Bewerbung werde ich von der Fachschaft Politik unterstützt.

Ich heiße Heike Böhler, bin 24 Jahre alt und studiere mittlerweile im 9. Fachsemester Politik- und Wirtschaftswissenschaften und Französisch auf Lehramt. Seit meinem 3. Semester bin ich in der Fachschaft Politik aktiv und habe dort unter anderem die Erstsemestereinführungen und das Erstsemesterwochenende geleitet und bei der Studiengangsreform mitgewirkt. Zudem habe ich als gewählte Fachschaftsärztin die Interessen der Studierenden am Institut für Politische Wissenschaft vertreten. Dabei war es mir immer wichtig, den Lehramtsstudierenden im Rahmen der Fachschaft eine Stimme zu geben. Beispielsweise habe ich die Berlinexkursion mitorganisiert und dazu beigetragen, dass Lehramtsstudierende an der Exkursion im Rahmen einer EPG-II Veranstaltung teilnehmen können.

Ich bewerbe mich um das Amt in der Findungskommission, da mir die Zukunft der Lehrerbildung sehr am Herzen liegt. Damit Heidelberg eine gute Ausbildung für die Lehramtsstudierenden bieten kann, ist eine gute Auswahl der Lehrenden besonders wichtig. Als Mitglied der Findungskommission möchte ich hier die Interessen der Studierenden vertreten und dazu beitragen, dass sowohl fachlich als auch pädagogisch-didaktisch kompetente Lehrende ausgewählt werden. Als Studentin der Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft decke ich zwei wichtige Fachbereiche aus dem Cluster „Gesellschaft und Gesundheit“ ab und bringe damit den nötigen fachlichen Hintergrund für ein solches Amt mit. Gerne bin ich bereit, mit den betroffenen Fachschaften der Universität (Politik, VWL, Soziologie, Sport und Pflegewissenschaften) Rücksprache zu halten, damit ich deren inhaltliche Anregungen in die Findungskommission einbringen kann.

Ich freue mich, wenn ihr mir euer Vertrauen für diese wichtige Aufgabe ausspricht.

Beste Grüße,
Heike Böhler

(c) FiKo "Kulturelles Erbe

- Bewerbungen stehen noch aus -

**10.3 Bestätigung des Referenten des autonomen Referats für
für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung
aufgrund kultureller Zuschreibungen (1. Lesung)**

Das Referat bittet um die Bestätigung des Referenten Felix Emeka Ezeoh.

Keine Fragen. Bewerber nicht anwesend, soll nochmal eingeladen werden. Bestätigung wird nächste Sitzung stattfinden.

10.4 Vertreterversammlung des Studierendenwerkes

(a) Charlotte Oertel

Hiermit bewerbe ich mich für die Position des Studierendenvertreters in der
Vertreterversammlung
des Studierendenwerkes. Sehr gerne auch in stellvertretender Funktion.

Ich bin seit vier Semestern gewählte Siedlungssprecherin und Vorsitzende des
Siedlungsrates für die Siedlung am Klausenpfad im Neuenheimer Feld. Damit vertrete ich,
zusammen mit meinen zwei Mit-Siedlungssprechern, die Interessen von über 1600
studentischen Bewohnern.

Die Förderung der Wohn- und Lebensqualität im Sinne der Anwohner ist dabei unser
zentrales Anliegen. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung kenne ich mich gut mit den
Strukturen innerhalb des Studierendenwerkes aus.

Durch Kontakt mit dem URRmEL und den Sprechern weiterer Wohnheime in Heidelberg
bin ich zusätzlich mit den Interessen der Studenten über unsere Siedlung hinaus bekannt.
In den letzten Jahren erwies sich die Kommunikation mit dem Studierendenwerk immer
wieder als schwierig und die Bedürfnisse der studentischen Bewohner wurden nicht immer
respektiert. Um die Interessen der Mieter noch besser vertreten zu können und eine
klarere Aushandlung der rechtlichen Verhältnisse für alle studentischen Bewohner in
Heidelberg zu fördern, würde ich mich sehr über die Möglichkeit freuen in der
Vertreterversammlung mitwirken zu dürfen.

Frage: Warum Schwerpunkt Neuenheimer Feld?

Keine Fragen an Kandidierende

TOP 11: Wahlen und Urabstimmungen

**Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird
hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber
reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.**

11.1 Info: Allgemeine Informationen

Die Ergebnisse der Urabstimmungen über Studienfachschaftssatzungen findet ihr hier:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Urabstimmungen_Ergebnisse.pdf

Die **Sprechstunde der AG Wahlen** ist freitags von 14:00 bis 16:00 Uhr.

Wahlausschuss trat geschlossen zum 23.12.14 zurück. Sie stehen aber für neue Mitglieder zur Einarbeitung zur Verfügung

Merkblatt zur **Konstitution der Studienfachschaften** (wird fortlaufend aktualisiert)

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Merkblatt_Studienfachschaftskonstitution.pdf

Auf der **Wahlseite** findet ihr auch die Termine für die Wahlen und Urabstimmungen in den einzelnen Fächern:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Wahlen_Fachschaftsraete.pdf

und die Ergebnisse der Fachschaftsratswahlen:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaftsraete/Fachschaftsraete_SoSe14.pdf

Im Wintersemester 14/15 sollten in allen Fächern die Wahlen zu den Fachräten statt finden und zwar in allen Statusgruppen. Bitte meldet die Wahlen an und benutzt das entsprechende Formular.

Ausführliche Informationen findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/archive/2014/september/25/article/fachratswahlen-wise-2014.html>

11.2 Fachschaftsratswahlen

Bitte meldet eure Fachschaftsratswahlen an und verwendet das entsprechende Formular. Wenn ihr eure Wahlen parallel zur StuRa-Wahl abhalten wollt, kontaktiert bitte vorher die Ag-Wahlen und den Wahlausschuss ob das möglich ist (wahlen@stura.uni-heidelberg.de). **Der Spätestmögliche Anmeldezeitpunkt für diese Wahlen ist dann der 14.05.2015.**

11.3 Sprechstunde der AG-Wahlen

Die Sprechstunde ist weiterhin Freitag von 11-15 Uhr. Sollte sich der Termin ändern werden wir das rechtzeitig bekanntgegeben werden. Gäste und Interessierte sind immer herzlich willkommen.

Kommentar: Unterlagen abholen 9-13 Uhr bei Sekretariat möglich. Kandidatur-Fristen. Wahlen werden bekannt gegeben.

Keine weiteren Fragen.

TOP 12: Satzungen der Studienfachschaften

12.1 Änderung der Satzung der SFS Ostasiatische Kunstgeschichte

Antrag auf Aufnahme der Satzung der SFS Ostasiatische Kunstgeschichte in

den Anhang D der Organisationssatzung (Bekanntgabe)
Dringlichkeit ist nicht möglich. Der TOP kann erst nach durchgeführter
Urabstimmung abgestimmt werden, diese ist für Anfang Juli geplant

Diese Satzung wird nach § 3 (3) SFKA
(Studienfachschafskonstitutionsanhang) zur Abstimmung gestellt, wobei
dann § 2 SFKA entsprechend gilt.

Den genauen Wortlaut findet ihr hier:

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Studienfachschaftssatzungen/FSSatzung_Ostasiatische_Kunstgeschichte.pdf

Ergebnis: Ist hiermit bekannt gegebene und in erste Lesung gegangen. Erst nach
Urabstimmung kann in der Sitzung abgestimmt werden.

12.2 Satzungsänderung der Studienfachschaft Jura (1. Lesung)

Antragssteller*in: Adrian Koslowski i.A. Studienfachschaft Jura

Antragstext:

Der Stura möge in §25 Entsendung durch Fachschafsrat unserer Satzung bitte folgenden
Absatz 4 einfügen:

(4) Die Stellvertretungsregelung des §21 III Organisationssatzung wird mit der Maßgabe
entsprechend angewandt, dass eine neue Entsendung von Stellvertreter*innen i.S. des
§21 III b Organisationssatzung zulässig ist.

Begründung des Antrags:

Wir möchten den von uns entsendeten Sturavertretern die Möglichkeit Einräumen sich
vertreten zu lassen, sodass das Mandat besser ausgeschöpft werden kann. Dazu wollen
wir auf das in §21 III der Organisationssatzung vorgeschlagene Modell verweisen.

Vorstellung. Ergebnis: Ist bekannt gegeben / in erster Lesung. Keine weiteren Fragen.

12.3 Änderung der Satzung der SFS Mittellatein / Mittelalterstudien (1. Lesung)

Antragssteller*in: Franziska Wenig für SFS Mittellatein / Mittelalterstudien

Antragstext: Der StuRa möge beschließen, den folgenden Änderungen der Satzung der
SFS Mittellatein / Mittelalterstudien zuzustimmen, auf dass die alte Fassung durch die
neue ersetzt werden kann.

ALT

§ 3: Fahschafsrat - Concilium

(1) Das Concilium wird in freien, direkten, geheimen und gleichen Wahlen gewählt. Es findet Personenwahl statt.

§ 4: Kooperation und Stimmführung im StuRa

(2) Die Amtszeit der Vertreter*innen im StuRa beträgt ein Semester.

NEU

§ 3: Fachschaftsrat - Concilium

(1) Das Concilium wird in freien, direkten, geheimen und gleichen Wahlen gewählt. Es findet Personenwahl statt. Die Amtszeit des Conciliums soll am 1. April beginnen.

§ 4: Kooperation und Stimmführung im StuRa

(2) Die Amtszeit der Vertreter*innen im StuRa beträgt i.d.R. zwei Semester.

Begründung des Antrags: Nach etwa einem Jahr organisierter Arbeit in der SFS Mittellatein / Mittelalterstudien hat sich gezeigt, dass eine Änderung des Verfahrens sinnvoll ist. Die Fachschaft hat sich in ihrer Sitzung vom 29. April 2015 einstimmig dafür ausgesprochen.

Ergebnis: Ist bekannt gegeben / in erster Lesung. Keine weiteren Fragen.

12.4 Bekanntgabe der Kooperation der SFS American Studies & Mittellatein/Mittelalterstudien im Sinne des § 14 der Organisationssatzung

Zudem möchte ich euch darüber informieren, dass sich die Fachschaften American Studies & Mittellatein/Mittelalterstudien im Sinne des § 14 der Organisationssatzung zu einer Kooperation zur gemeinsamen Entsendung in StuRa entschieden haben. Dieser Entscheidung soll schnellstmöglich Geltung verliehen werden.

TOP 13: Änderungen in der Organisationssatzung und Finanzordnung

13.1 Änderung der Finanzordnung (vertagt)

Anmerkung der Sitzungsleitung: [Finanzordnung](#) und [Organisationssatzung](#) sind online zu finden.

Antragssteller*in: Wolf Weidner

Antragsart:

(Zutreffendes bitte stehen lassen)

Antrag zur Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung

Antragstext:

Der StuRa möge die Finanzordnung wie folgt Ändern

bisheriger Text:**V Autonome Referate****§ 14 Anwendung der Regelungen für Studienfachschaften**

(1) Der StuRa stellt den autonomen Referaten gemäß § 25 Abs. 5 der Satzung Mittel zur Verfügung.

(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten alle Regelungen für die Studienfachschaften in dieser Finanzordnung entsprechend, sofern dieser Paragraf nichts anderes bestimmt. Auf die Mitteilungspflichten gem. § 25 Abs. 5 der Satzung wird verwiesen.

(3) Autonome Referate dürfen keine nicht-zweckgebundenen Rücklagen bilden. Nicht verausgabte Mittel fließen dem Haushalt des StuRas zu

neuer Text:**V Autonome Referate****§ 14 Anwendung der Regelungen für Studienfachschaften**

(1) Der StuRa stellt den autonomen Referaten gemäß § 26 Abs. 5 der Organisationssatzung Mittel zur Verfügung.

(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten alle Regelungen für die Studienfachschaften in dieser Finanzordnung entsprechend, sofern dieser Paragraf nichts anderes bestimmt. Autonome Referate haben insbesondere analog einen Wirtschaftsplan zu erstellen. Auf die Mitteilungspflichten gem. § 26 Abs. 5 der Organisationssatzung wird verwiesen.

(3) Autonome Referate dürfen keine nicht-zweckgebundenen Rücklagen bilden. Nicht verausgabte Mittel fließen dem Haushalt des StuRas zu

(4) Ausgaben über 200,-€ sowie Projekte über 500,-€ sind dem Finanzreferat im Vorfeld zu melden. Projekte über 1000,-€ sind zudem im StuRa oder der Refkonf vorzustellen.

Begründung des Antrags:

Durch Änderungen der Satzung sind die Verweise veraltet.

Die Änderung in (2) ist nur eine explizite Formulierung der bisherigen Regelung.

Als Finanzreferent hatte ich mit Teilweise sehr durchwachsener Buchführung in den Autonomen Referaten zu kämpfen, dem möchte ich durch die Informationspflichten unter (4) Abhilfe schaffen.

Ich weise darauf hin, dass hier nicht in die Autonomie der Referate eingegriffen wird, es

sind Informationspflichten keine Genehmigungspflichten. Unsere Organisationssatzung sieht jedoch explizit vor die Finanzautonomie der autonomen Referate ein zu schränken:

„[...]

Für die Arbeit in seinem Bereich darf ein autonomes Referat selbständig Ausgaben bis zu einer in der Finanzordnung des StuRa festgelegten Grenze tätigen.

[...]“ - aus §25 (5) der Organisationssatzung

So eine Grenze ist bisher nicht festgelegt. Ich hoffe das dies auch nicht nötig wird.

13.2 Antrag auf Änderung des Anhangs B der Organisationssatzung - Zuordnung von Studiengängen (2. Lesung)

Es handelt sich um einen satzungsändernden Antrag, der einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Dringlichkeit kann für diesen Antrag nicht beantragt werden.

Worum geht es:

Die im folgenden genannten Studiengänge sind noch keiner Studienfachschaft zugeordnet bzw. evtl. noch nicht eindeutig zugeordnet, dies soll mit diesem Antrag geschehen.

Antrag:

Der StuRa möge daher beschließen:

1) Zuordnung des Studiengang 894 (Master Geoarchäologie) zur SFS 48 - UFG/VA (die Zuordnung eines Studiengangs Geoarchäologie zur UFG/VA wurde bereits beschlossen. Allerdings ohne Angabe der Nummer. Da damit der Studiengang nicht eindeutig benannt ist und es künftig weitere Geoarchäologiestudiengänge geben könnte (momentan gibt es nur einen, daher kann momentan keine Verwechslung stattfinden), könnte man hier eines Tages eine Unklarheit konstruieren, daher soll hier ganz eindeutig der mit der Nummer 894 bezeichnete Studiengang sicherheitshalber nochmal zugeordnet werden)

2) Zuordnung des Studiengangs "Strukturierte Promotion Evangelische Theologie" zur SFS 46 - Theologie (Evangelische).

(Hier wird sicherheitshalber eine erneute Abstimmung im StuRa stattfinden, sobald die Verwaltung eine Nummer vergeben hat)

3) Zuordnung des Studiengangs 886 (Promotion Papyrologie) zur SFS 1 - Ägyptologie

(4) Zuordnung des Studiengangs 951 ("Klassische und Moderne Literaturwissenschaft") zur SFS 27 - Klassische Philologie

(Genau: auch hier wird sicherheitshalber eine erneute Abstimmung im StuRa stattfinden, sobald die Verwaltung eine Nummer vergeben hat)

Erläuterung:

Die Nummer für den Studiengang wird erst vergeben, wenn er studiert wird. Da in den nächsten Wochen noch Studierende umgeschrieben werden können (die jetzt z.B. eine Zusage haben, aber noch Unterlagen nachreichen müssen), kann es also dieses Semester doch noch Studierende dieses Studiengangs geben und damit eine Nummer - aber hierfür brauchen wir eine Zuordnung jetzt schon und können nicht warten, bis die

Nummer vergeben ist.

Abstimmung:

38 = Ja, 0 = Nein, 0 = Enthaltung → Einstimmig angenommen.

Abstimmung zum TOP Änderungen der Orga-Satzung	Ja	Nein	Enthaltung
13.2 Zuordnung von Studiengängen	38	0	0

13.3 Senkung des Beitrags für die VS (1. Lesung)

Antragssteller*in: Liberale Hochschulgruppe Heidelberg (LHG)

Antragsart: Antrag zur Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen den Beitrag für die VS um 1/5 zu senken: von 7,50 € auf 6 €.

Bisheriger Text der Beitragsordnung:

§ 3 Beitragshöhe

(1) Die Beitragshöhe beträgt **7,50 €** für jedes Semester. Der Beitrag ist in folgender Höhe für folgende Zwecke bestimmt:

1. für die Arbeit der Studienfachschaften **40 %**
2. für die Arbeit des Studierendenrats und der Referate **60 %**

(2) Bis zur Konstitution einer Studienfachschaft werden die ihr zugeteilten Gelder vom Finanzreferat des Studierendenrats verwaltet. Näheres regelt die Finanzordnung.

Neuer Text der Beitragsordnung:

§ 3 Beitragshöhe

(1) Die Beitragshöhe beträgt **6,00 €** für jedes Semester. Der Beitrag ist in folgender Höhe für folgende Zwecke bestimmt:

1. für die Arbeit der Studienfachschaften **50 %**
2. für die Arbeit des Studierendenrats und der Referate **50 %**

(2) Bis zur Konstitution einer Studienfachschaft werden die ihr zugeteilten Gelder vom Finanzreferat des Studierendenrats verwaltet. Näheres regelt die Finanzordnung.

Begründung des Antrags:

Der Beschluss des StuRa die Höhe des Beitrags auf 7,50 € festzusetzen wurde vor allem mit der Notwendigkeit der finanziellen Absicherung angesichts der unbekanntenen Kosten und auch mit erwarteten Mehrkosten in der Anfangsphase der VS begründet. Die Logik dahinter war: „Ein zu hoher Betrag könnte über die nächsten Semester kompensiert werden, ein zu niedriger Betrag wäre vermutlich schwerer verdaulich.“

Demnach wäre es angebracht, über ein Jahr nach der erstmaligen Festsetzung der Beitragshöhe diese zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Mit einem Überschuss von über 100.000 € trotz der einmalig anfallenden Mehrkosten in der Anfangsphase der VS, hat sich deutlich gezeigt, dass der angesetzte Betrag von 7,50 € deutlich über den tatsächlichen finanziellen Bedürfnissen der VS liegt. Eine Senkung des Beitrags um 1/5 wäre für die Studierenden sozial verträglicher und würde dem Grundsatz Rechnung tragen, dass die VS nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben Beiträge erheben darf und

nicht darüber hinaus.

Statt Einnahmen in Höhe von 444.300,00€, wie bei der bisherigen Beitragshöhe im Wirtschaftsplan 2014 angegeben, hätte die VS unter den selben Umständen, bei einer Beitragshöhe von 6,00 €, Einnahmen von 355.440 € im Jahr 2014 erzielt. Damit wäre immer noch ein Überschuss von über 11.100 € statt wie tatsächlich über 100.000 € übrig geblieben. Die Ausgaben der VS wären somit in keinster Weise gefährdet gewesen. Daher hätte die VS bei der Senkung des Beitrags auch weiterhin genug Freiraum ihre laufenden Ausgaben zu bestreiten und wie bisher studentische Initiativen und Aktionen zu unterstützen. Auch die Fachschaften erhalten durch die Anpassung des Verteilerschlüssels genau den gleichen Betrag wie bisher.

Fazit: Es ist finanziell möglich den Beitrag zu senken und aus sozialen und haushaltsdisziplinarischen Gesichtspunkten ist dies auch unbedingt angebracht.

Vorstellung.

Frage: Frage nach Quelle des Zitats in der Vorstellung.

Antwort: Aus der Diskussion bei Festlegung des Beitrags.

Kommentar: Wunsch auf Antrag zur Änderung des Beitrags (folgt schriftlich bis nächste Sitzung).

Frage: Darf StuRa Rücklagen bilden? Wie viel haben wir?

Antwort: 100.000 Euro sind vorhanden.

Frage: Gibt es dazu eine Regelung?

Antwort: Frage geht an Rechtsabteilung der Universität.

Frage: Warum wird der prozentuale Anteil der Fachschaften verändert werden? Was ist der Hintergrund außer „keine Rücklagen bilden“?

Antwort: Es soll nicht WENIGER Geld ausgegeben werden / bei den Fachschaften sein, darum Anpassung des Verteilerschlüssels. Grund auch Haushaltsdisziplin.

Kommentar: Fachschaften müssten dann auch betroffen sein, da sie nicht alles ausgeben. Außerdem müssen Rücklagen für Körperschaft gebildet werden.

Frage: Letztes Haushaltsjahr ist nicht repräsentativ (Geld von Uni, Geld konnte nicht ausgegeben werden wg. Wirtschaftsplan, erst spät Aushilfskräfte etc. eingestellt). Darum: Wegen Angestellten müssen Rücklagen gebildet werden, sonst Entlassungen. Liegt dem Antrag auch der Wirtschaftsplan zu Grunde?

Antwort: Es gab auch Kosten, die nur im ersten Jahr anfielen (Renovierung des Büros). Wenn es Gründe gibt, dass der StuRa das Geld GENAU SO braucht, dann würde das einfließen.

Kommentar: Belastbare Zahlen gibt es nach der Prüfung des Haushalts. Erst im Anschluss sollte abgestimmt werden.

Kommentar: Bekommen autonome Referate weniger Geld? Das scheint ein Einschnitt in ihre Rechte zu sein.

Kommentar: Klärung der Zitats-Quelle. Punkt der Einmalausgaben (z. B. Büro). Mit Rücklagen kann man etwas wagen. Der Beitrag kann auch wieder erhöht werden. Alter der Universität korrekt berechnen.

Kommentar: 1,50 Euro kann sich wahrscheinlich jeder leisten. Jetzt ist die Möglichkeit zu sparen für spätere Engpässe/Ausgaben.

Kommentar: Finanzordnung sagt: Summe allgemeiner Rücklagen max. 10% der Gesamtsumme des Wirtschaftsplans (pro Jahr).

Kommentar: Aktuelle Situation sollte überlegt werden. Studierenden den konstruktiven Einsatz der Mittel klar machen. Jetzt senken, wenn Nutzen klar ist wieder erhöhen.

Kommentar: Der Großteil der Mittel ist bei Studierenden noch nicht angekommen. Es muss deutlich werden, dass Mittel beantragt werden können. Darum braucht es länger Zeit als ein Jahr, um die Situation besprechen zu können.

Kommentar: Es werden auch andere Abgaben von Studierenden verlangt. Der StuRa erbringt eine Leistung. Wenn man Abgaben senken will, muss bei anderen Abgaben (ohne direkte Gegenleistung) angesetzt werden.

Kommentar: Großzügige Planung in früher Phase jetzt möglich. Ein Haushaltsjahr ist zu wenig für Beurteilung.

Antwort: Verantwortung gegenüber Geld anderer.

Kommentar: Inhaltliche Arbeit als Erstattung von 1,50 Euro. Es gibt andere Sparmaßnahmen bzw. Möglichkeiten zu mehr Transparenz. Härtefälle können (wie beim ASTA Marburg) z. B. Geld erstattet bekommen (z. B. Für Ticket). Dazu an Sozialreferat wenden.

Antwort: 1,50 Euro klingt nicht viel, 100.000 Euro ist jedoch nicht vernachlässigbar.

Kommentar: Ein gewisser Betrag wird auch für Selbstverwaltung benötigt. Auf Grund von Guthaben gibt es anscheinend Haushaltsdisziplin. Durch die Möglichkeit und Neuheit des Angebots der Unterstützung stud. Initiativen wird eine ansteigende Nachfrage erwartet.

Frage: Gibt es ein Meinungsbild über Abgabe? Wissen die Studierenden das überhaupt?

Kommentar: Zahlen abwarten, die Ende des Monats vorliegen sollten. Evtl. sogar ein Jahr abwarten. Ohne die Zahlen ist es nur eine ideologische Diskussion, keine sachliche.

Kommentar: Statt Senkung lieber für das Angebot der finanz. Unterstützung von Initiativen werben.

Kommentar: Soll jetzt Geld für spätere Studenten gespart werden?

Antrag auf Schließung der Redeliste.

Abstimmung der Schließung der Redeliste:

Mehrheit auf Sicht

3 = Nein

0 = Enthaltung → angenommen / Schließung der Redeliste

Frage: Vertagung der 2. Lesung auf Termin nach Zahlen?

Antwort: Wird nächste Sitzung beschlossen.

Kommentar: Personalkosten-Frage bzw. Überbleiben aus Personalkosten wird geklärt.

Verwendung von Mitteln: z. B. Digitalisierung von Bibliotheksbeständen, Härtefall-Fond zu Semesterticket usw. Überschuss ist ein Sonderfall.

Kommentar: Öffentlichkeitswirksamkeit der Senkung? Evtl. Beschneidung der politischen Arbeit, die Wirksamkeit hat.

Kommentar: Wegen PFLICHTbeitrag muss man Haushaltsdisziplin nicht haben. „Auf Kante“ kalkulieren fördert Diskussion zu Anträgen. Antrag ist wichtig für Diskussion über Ausgaben.

Erinnerung an Antrag auf Vertagung in nächster Sitzung.

TOP 14: Blockupy (verschoben und vertagt)

Ans Ende der Sitzung verschoben und heute nicht behandelt

14.1 Positionierung zu den Blockupy-Protesten (2. Lesung)

Antragssteller: Lukas Hille

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

[Positionierung zur Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main am 18. März 2012](#)

Zu den Vorgängen in Frankfurt am Main

Am 18. März 2015 fand in Frankfurt am Main die Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank statt. Bereits lange im Voraus hatten kapitalismuskritische Gruppen, Parteien und Organisationen zur Demonstration gegen diese Eröffnung und der Blockade der entsprechenden Feierlichkeiten aufgerufen.

Am 18. März kamen rund 17.000 Demonstranten nach Frankfurt. Ein Großteil von ihnen nahm an friedlichen Protesten oder an maximal grenzwertigen Blockadeaktionen teil. Auf eine große Gruppe, nach Polizeiangaben bis zu 2000 Personen, traf dies allerdings nicht zu: Seit den frühen Morgenstunden randalierten sie in der Rhein-Main-Metropole, zündeten Polizeiautos an, griffen Gebäude an, errichteten brennende Straßensperren und attackierten Polizeikräfte körperlich mit Pflastersteinen, Brandsätzen, ätzenden Flüssigkeiten und Gasen oder Stichwaffen an.

Die Bilanz des 18. März sind über 100 verletzte Polizeikräfte, Sachschäden in Millionenhöhe, ~~die Erinnerung an bürgerkriegsähnliche Zustände~~, verängstigte Kinder und Einwohner und nicht zuletzt ein tiefer ideeller Schaden am Demonstrationsrecht.

Der Verantwortungshorizont des Blockupybündnisses

Fakt ist: Seit der ersten Blockupydemonstration im Jahr 2012 keine Aktion des Bündnisses friedlich geblieben. Die Eskalation im Jahr 2015 ist dabei nur der traurige Höhepunkt. Fakt ist auch: Aufrufe zur Gewalt während der Aktion sind immer im Vorfeld bekannt gewesen. Blockupy beruft sich regelmäßig auf seinen Aktionskonsens, in dem man sich als friedliches Bündnis konstituiert. Konkrete Maßnahmen werden in der eigenen Vorbereitung allerdings kaum getroffen.

- Eine Zusammenarbeit mit den Behörden in struktureller Form lehnt das Bündnis traditionell ab.
- Bis heute will sich das Bündnis nicht zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bekennen.
- Bekannt gewaltbereite Gruppen gehören seit der Gründung zum Bündnis und verstecken sich hinter dem Aktionskonsens. Auch nach den Eskalationen schließt man keine Gruppen aus dem Bündnis aus.
- Bei der Bereitstellung eigener Infrastruktur (Sonderbussen, Sonderzügen, etc.) lehnt man Maßnahmen zur Verhinderung von Mitnahme von Material, das zu Eskalationen führen kann (Böllere, ätzende Stoffe, Material zur Auslösung von Pflastersteinen, Stichwaffen, Vermummungsutensilien, etc.) ab. Weder Taschenkontrollen noch eine Selbstverpflichtung von Mitfahrenden hat man bisher eingeführt.
- Mitglieder des Bündnisses haben zum Teil zu Gewalt aufgerufen.
- Andere Gruppen haben zur Verschleierung von eigenen Taten aufgerufen oder Tipps gegeben, wie man sich der eignen Identifikation durch die Behörden entziehen oder Ermittlungen blockieren kann.

All diese Fakten offenbaren: Das Blockupybündnis hat tiefgreifende, strukturelle und organisatorische Mängel. Diese Mängel muss das Bündnis bearbeiten, sein Selbstverständnis überdenken und sich im Zweifelsfall neu aufstellen.

Durch diese Mängel ist das Bündnis zumindest moralisch mitverantwortlich für die Krawalle am 18. April. Zwar hat man vonseiten der Organisatoren das Bedauern über dieselben mehrmals betont, eine Distanzierung von den Tätern, eine Verurteilung der Ideologien im Hintergrund und personelle Konsequenzen hat man bislang aber nicht folgen lassen. Diese Verantwortung bleibt und sollte erfüllt werden.

Der Verantwortungshorizont der Verfassten Studierendenschaft in Heidelberg

Wir stellen fest: Es hat von Seiten des Studierendenrates (StuRa), der Referatekonferenz oder einzelner Referate keine direkte Unterstützung des Blockupy-Bündnisses, der Demonstrationen in Frankfurt oder ihrer Planung gegeben, weder finanzieller noch ideeller Natur. Weder wurde zur Demonstration aufgerufen, noch wurde diese finanziell mitgetragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Referat für politische Bildung hat in einem Referatsbeschluss eine Unterstützung im Rahmen von maximal 500€ für die Podiumsdiskussion „Blockupy - Tell me why? Podium zum Sinn und Unsinn von M18“ am Dienstag, den 24. Februar, sowie einen Bus zu den Demonstrationen am Mittwoch, den 18. März 2015 aus Heidelberg zugesagt. Organisiert wurden beide unterstützten Sachverhalte von der Gruppe AKuT (+C).

Auch für diesen, von einem unserer Referate mitfinanzierten Bus, gelten die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen, die allgemein bei Infrastruktur zu den Demonstrationen auffallen. Der StuRa geht davon aus, dass sich die Mitfahrenden rechtlich konform verhalten haben. Verifizieren kann man das prinzipiell aber nicht. Das zeichnet ein klares Bild: Die Struktur der VS hat in diesem Fall nicht funktioniert. Die Strukturen der Veranstaltung, die man indirekt mitgetragen hat, hat man nicht ausführlich genug geprüft. Die VS ist deshalb, ebenso wie das Bündnis, moralisch für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Das Handeln der VS war in diesem Falle fahrlässig, die Entscheidung des Referates **vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse über die Organisationsfehler des Bündnisses** ein politischer Fehler.

Schlüsse aus den Vorgängen und Selbstverpflichtung der Verfassten Studierendenschaft

Der StuRa der Universität Heidelberg distanziert sich von allen gewalttätigen Prozessen auf der Blockupydemonstration und allen anderen Demonstrationen. Er verurteilt Gewalttaten und Gewalttäter und stellt fest, dass solche Taten ermittelt, verfolgt und die Täter verurteilt und zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der StuRa der Universität Heidelberg bekennt sich zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Als Teil des politischen Systems unserer Gesellschaft glauben wir an die Kraft des Arguments, an demokratische Abstimmungsprozesse und an Ordnung durch Verfahren. Jegliche Bestrebungen, politische Positionen abseits dieser Prozesse durchzusetzen, ob durch Gewalt oder anderweitig, verurteilen wir als illegitim.

In diesem Sinne bekennt sich der StuRa der Universität Heidelberg zum Verantwortungsprinzip bei allen seinen und von ihm unterstützten Aktionen und Organisationen. Er fühlt sich damit dem friedlichen, reibungslosen und konsensorientierten Ablauf solcher Aktionen verpflichtet.

Der StuRa der Universität Heidelberg bekennt sich damit auch zum Demonstrationsrecht. Jede Gruppe hat das Recht, ihre Position frei und unbeeinflusst zum Ausdruck zu bringen. Dabei weist der StuRa auf den Wortsinn des Demonstrierens hin – das

Demonstrationsrecht bezeichnet das Recht, seine Meinung zu zeigen. Vor diesem Hintergrund müssen alle Handlungen einer demonstrierenden Gruppe bewertet werden, eine Demonstration muss einem Thema verpflichtet, nie aber ein Selbstzweck sein.

Der StuRa der Universität Heidelberg verpflichtet sich dazu, die von ihm unterstützten Gruppen und Initiativen in Zukunft vor der Unterstützung besser zu verstehen, eventuelle Mängel in Planungen aufzudecken und seine Unterstützung im Ernstfall auch von der Beseitigung dieser Mängel abhängig zu machen. Der StuRa verpflichtet sich, keine Organisationen zu unterstützen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder die er selbst im Verdacht sieht, die demokratische Ordnung unseres Staates beseitigen zu wollen. Der StuRa verpflichtet sich, auch keine Gruppen zu unterstützen, bei denen Mittel solchen Organisationen zu Gute kommen könnten.

Zu allen Aussagen, Bekenntnisse, Verpflichtungen und Schlüsse dieser Positionierung verpflichtet der StuRa auch die Referatekonferenz, die einzelnen Referate und alle seine Organe.

(a) Ä1: Änderungsantrag zu inhaltlicher Positionierung zu den Blockupy-Protesten

Antragssteller*innen: Die Linke.SDS Heidelberg

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

Streiche Zeile 1 bis Ende des Antrags „ „Positionierung zur Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main am 18. März 2012“ und ersetze sie durch folgenden Antragstext:

[Zu den Vorgängen in Frankfurt am Main](#)

Am 18. März hat die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnet. Für den 185 Meter hohen Zwillingssturm, der mit seinem neuen Sicherheitszaun und Burggraben einer Festung gleicht, wurde die schwindelerregende Summe von 1,3 Milliarden Euro ausgegeben. Zur Eröffnungsfeier wurden fast keine Medien eingeladen, was Journalistenverbände heftig kritisierten.

Wir kritisieren die Gewalt, die in den Morgenstunden des 18. März von einigen hundert Menschen ausgegangen ist scharf und verurteilen insbesondere die Gewalt gegen Personen. ~~Man kann dieses Vorgehen nicht rechtfertigen, aber man sollte versuchen zu erklären, warum derart viele Menschen bei diesem Thema gewaltsam protestierten. Die gewalttätigen Proteste waren ein Zeichen von Ohnmacht.~~ Man kann dieses Vorgehen nicht rechtfertigen. Dennoch sollte man versuchen zu erklären, warum derart viele Menschen aus Protest gegen die Politik der EZB auf die Straßen gegangen sind und dieser in Gewalttätigkeiten umschlagen konnte. Die Menschen fühlen sich angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Europa ohnmächtig und sehen keine Möglichkeit ihrer Wut und ihren Wunsch für eine andere Politik anders Ausdruck zu verleihen. Die europäische Krisenpolitik wird über ihre Köpfe hinweg beschlossen. Daran mitzuwirken scheint ihnen – trotz dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben – unmöglich.

Wir sagen: Gewalt ist keine Lösung, es gibt aber auch nichts zu feiern an Kürzungspolitik und Verarmung! 20.000 Menschen aus ganz Europa haben die „Feierstunde“ der EZB zum Anlass genommen friedlich gegen die europäische Krisenpolitik und gegen deren katastrophale

Konsequenzen – besonders für die Menschen im europäischen Süden – zum Ausdruck zu bringen.

Studierende sind von Kürzungen und Privatisierungen in ganz Europa betroffen und sehen sich einer immer prekäreren Lage ausgesetzt. In Spanien oder Griechenland ist etwa die Hälfte aller jungen Menschen arbeitslos oder muss sich mit prekären Jobs über Wasser halten. Massenweise Absolventen dieser Länder verlassen diese auf der Suche nach Arbeit in den wenigen Ländern, die bisher noch nicht von der Krise erreicht wurden, wie Deutschland und Großbritannien. Familien werden dabei auseinandergerissen. Die Daheimgebliebenen haben keine Perspektive: in Griechenland sind bspw. während der Krise die Löhne um 40% gesunken, die Renten um 50% und die Schulden haben sich immer weiter erhöht auf zuletzt 185% des Staatshaushalts. Diese dramatische Entwicklung ist Ergebnis einer menschenverachtenden Verarmungspolitik und wurde von der Troika aus EU-Kommission, Internationalen Währungsfond und EZB aufgezwungen. Die Blockupy-Proteste richteten sich gegen diese Politik der Troika.

Das Blockupy Bündnis

Die Proteste am Nachmittag des 18. März in Frankfurt war eine wichtige Gelegenheit für Studierende zusammen mit anderen Menschen ein Zeichen der Solidarität in Europa zu setzen. Besonders in Zeiten zunehmender Europaverdrossenheit ist es wünschenswert, wenn so viele Menschen ihre Kritik an der bestehenden EU-Politik in einem explizit pro-europäischen Bündnis wie Blockupy auf die Straße tragen.

Das Blockupy-Bündnis konstituiert sich unter anderem durch seinen Aktionskonsens als friedliches Bündnis. Dieses friedliche Selbstverständnis umfasst auch Aktionen zivilen Ungehorsams wie etwa Menschenblockaden. Außerhalb des Aktionskonsenses kam es in der Vergangenheit mehrmals zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die gewalttätigen Vorfälle bei Blockupy-Bündnissen vor dem 18.03 sind jedoch nicht einmal annähernd derart eskaliert wie bei den letzten Protesten. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, dass die gewalttätigen Ausschreitungen absehbar gewesen wären. Um die Kritik des Blockupy-Bündnisses zu delegitimieren wird regelmäßig versucht, dem Blockupy-Bündnis eine Mitschuld an den Ausschreitungen, die außerhalb seines Aktionskonsenses lagen, zu geben. Die Argumente, welche dies jedoch versuchen, lassen sich allesamt entkräften (siehe Begründung).

Die Unterstützung durch das Referat für politische Bildung

Es hat von Seiten des StuRa, der RefKonf oder einzelner Referate keine direkte Unterstützung des Blockupy-Bündnisses, der Demonstrationen in Frankfurt oder ihrer Planung gegeben, weder finanzieller noch ideeller Natur. Es wurde nicht zur Demonstration aufgerufen. Es wurde eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Blockupy - Tell me why? Podium zum Sinn und Unsinn von M18“ am Dienstag, den 24. Februar, sowie einen Bus zu den Demonstrationen am Mittwoch, den 18. März 2015 finanziell mit 500 Euro unterstützt.

Die Unterstützung der Veranstaltung und des Busses lag innerhalb der Kompetenzen des Referats für politische Bildung, da nicht das Gebot der weltanschaulichen Neutralität verletzt wurde, nicht gegen Beschlüsse des StuRa gehandelt wurde und politische Bildung mehr umfasst als reine Wissensvermittlung (siehe Begründung).

Schlüsse aus den Vorgängen

Der Studierendenrat wehrt sich gegen jede Untergrabung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Eine Untergrabung ergibt sich auch aus der Tatsache, dass jeder friedliche Teilnehmer*innen und Unterstützer*innen der Blockupy-Proteste eine moralische Mitschuld an den Ausschreitungen haben soll. Diese werden durch eine solche Argumentation kriminalisiert. Müsste jeder und jede Demonstrantin Angst haben für Vorgänge die nicht in seinem Machtbereich stehen und trotz regelkonformem Verhaltens belangt zu werden, ergibt sich hieraus eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Der Studierendenrat erkennt im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht an, dass auch Sitzblockaden vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit umfasst sind (siehe Begründung).

Begründung

1. Warum das Referat für politische im Rahmen seiner Kompetenzen handelte

Laut § 24 Abs.1 Satzung der VS arbeiten Referate selbstständig. Hierzu dürfen sie nach § 24 Abs.9 Satzung der VS selbstständig Ausgaben tätigen. Die eingesetzten Mittel dürfen gemäß § 21 Abs.2 Finanzordnung der VS 500 Euro nicht überschreiten. Als Bedingung gilt, dass die Ausgaben einen Bezug zur Arbeit des Referats haben müssen (§ 21 Abs.2 S.2 Finanzordnung der VS).

Die Unterstützung der Veranstaltung sowie eines Busses nach Frankfurt überschritten die Obergrenze von 500 Euro nicht. Nach § 24 Abs.7 Satzung der VS vertreten ReferentInnen den StuRa in seinem Aufgabenbereich in Hochschule und Gesellschaft. Es ist mithin zunächst nach dem Aufgabenbereich des StuRa in Hochschule und Gesellschaft zu fragen.

Gemäß § 65 Abs.2 Nr.3 LHG hat die VS die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden zur Aufgabe. Des Weiteren nach Nr.4 die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die VS den Meinungsaustausch innerhalb der Gruppe der Studierenden (§ 65 Abs.3 LHG) Dies wurde mit der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung getan. Politische Bildung zielt nicht alleine auf reproduzierbares Wissen sondern genauso auf den Erwerb von Kompetenzen zur politischen Partizipation und der Stärkung von Partizipation selbst. Politische Partizipation meint dabei alle üblichen und rechtlich geschützten Formen politischer Beteiligung. An der politischen Willensbildung teilhaben können die Bürger*innen nicht nur mit der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern sie können auch auf den Prozess der politischen Meinungsbildung Einfluss nehmen, der sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich „staatsfrei“ vollziehen muss (BVerfG, NJW 1966, 1499, 1503). Im Prozess der politischen Willensbildung bleibt dem Einzelnen neben der Organisation in Parteien und Verbänden nur die Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2396). Versammlungen sind ein wesentliches Element demokratischer Offenheit (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2397).

Grundlegend für ein derartiges politisches Verständnis ist eine Auffassung von Politik und Demokratie, welche diese nicht alleine auf Politik in Parlamenten und Gremien beschränkt, sondern

die gesamte Öffentlichkeit als Austragungsort von Politik begreift. So stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass sich in einer Demokratie die politische Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen muss (BVerfG, NJW 1966, 1499, 1503).

Öffentliche Plätze und Straßen fallen unter den Begriff der Öffentlichkeit. Insbesondere wurden die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden dadurch gefördert, dass im Vorfeld eine Diskussionsveranstaltung zu „Sinn und Unsinn von Blockupy“ stattfand. Die Veranstaltung war offen gestaltet und es wurde deutlich, dass es eine differenzierte Meinung der Teilnehmer*innen zu Blockupy gab.

Fraglich ist, ob mit der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung und des Busses nach Frankfurt auch die Vorgabe des § 65 Abs.4 S.2 LHG eingehalten wurde, dass die VS bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität zu wahren hat. Grundsätzlich gilt für die außerschulische politische Bildung das Neutralitätsgebot nicht (<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193225/kontroversitaet>). Es ist wichtig, dass Referent*innen selbst politisch sind und sich in Politik und Gesellschaft engagieren. Dass der eigene Standpunkt in eine Diskussion eingebracht wird, bedeutet nicht eine Indoktrination sondern es führt dazu, dass das Gegenüber sich als mündiges Subjekt wahrgenommen fühlt, das selbst fähig ist Informationen einzuordnen (<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193225/kontroversitaet> m.w.N.) Die parteipolitische Neutralität wurde klar gewahrt, da keine bestimmte politische Partei einen Nutzen von der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung sowie des Busses hatte. Der Wortlaut des Gesetzes macht klar, dass es neben den religiösen auch nicht-religiöse Weltanschauungen gibt. Das OVG Magdeburg macht deutlich, dass eine politische Bildung die sich am Neutralitätsgebot orientiert, dadurch erreicht wird, dass Informationsangebote und Veranstaltungen organisiert werden, in denen unterschiedliche Positionen zu Wort kommen können (Beschluss vom 06.06.2006- 3M 65/06). Dies ist vorliegend, wie bereits oben beschrieben, geschehen. Das Referat für politische Bildung handelte mithin weltanschaulich neutral.

Des Weiteren ist in der, vom StuRa verabschiedeten, Ausschreibung für das Referat für politische Bildung klar geregelt, dass das Referat studentische Proteste organisieren soll. Das organisieren von Protesten schließt dabei auch ein, die Möglichkeit zum Protestieren zu schaffen. Dies kann auch durch finanzielle Unterstützung geschehen. Vorliegend wurde nicht die Blockupy-Demonstration an sich, sondern lediglich ein Bus zu den Protesten unterstützt. Der Beschluss fiel mithin klar in den Aufgabenbereich des Referats.

Mit der finanziellen Unterstützung des Busses, wollte das Referat für politische Bildung die Benachteiligung innerhalb der Studierenden abbauen. 61% der Studierenden müssen neben ihrem Studium arbeiten, 24% erhalten BAföG – dessen Höhe zudem immer weniger dem steigenden Bedarf der Studierenden entspricht –, 6% der Studierenden erhalten Geld aus Krediten und sind damit verschuldet. 31% der Studierenden geben auf Nachfrage an, dass die Finanzierung ihres Studiums nicht sichergestellt ist oder sind diesbezüglich unentschieden. Es ist davon auszugehen, dass diese 31% dementsprechend mäßige bis starke Geldsorgen plagen.

(http://www.studentenwerke.de/sites/default/files/01_20-SE-Hauptbericht.pdf) Die einfache Fahrt mit der Deutschen Bahn nach Frankfurt kostet 22 Euro. Hin- und Zurück sind das 44 Euro. Für viele Studierende zu viel Geld. Mit dem vom Referat für politische Bildung mitfinanzierten Bus, zahlten die Studierenden für die Hin- und Rückfahrt nur 5-10 Euro. Des Weiteren wurde in dem Bus auch nicht nur eine bestimmte Gruppe befördert. Mit dem Bus konnten sowohl Befürworter*innen als auch Kritiker*innen von Blockupy nach Frankfurt am Main fahren und sich

ein Bild von den Protesten machen.

Abschließend ist zu sagen, dass gemäß § 65 Abs.4 S.1 LHG der StuRa bei der Erfüllung seiner Aufgaben klar ein politisches Mandat hat. Innerhalb dieses Mandats hat sich das Referat für politische Bildung bei der Vertretung des StuRa (§ 24 Abs.7 Satzung der VS) bewegt.

2. Behauptungen und Vorwürfe gegenüber Blockupy und Widerlegung und Entkräftung

(1) Es wird behauptet, dass Blockupy es ablehne mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Richtig ist, dass das Blockupy-Bündnis die Zusammenarbeit mit den Behörden immer wieder gesucht hat, aber sich dennoch die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Blockupy oft schwierig gestaltete. Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: die Demo-Routen wurden stets mit den Behörden abgesprochen. Oft gab es lange zähe Verhandlungen über die Demo-Route. Dennoch hat das Bündnis letztlich stets die Auflagen für die Demo-Routen akzeptiert: <http://blockupy.org/4600/pm-grundsatzlich-gruenes-licht-fuer-blockupy-kundgebung-und-demo-am-18-maerz/>
Als das Blockupy-Bündnis versuchte Schlafplätze für die angereisten Gäste der Proteste vom 18. März zu organisieren, wollte es auf Sporthallen und andere öffentliche Infrastruktur, die für Übernachtungen genutzt werden können, zurückgreifen. Infrastruktur, die für andere Großereignisse wie bspw. Kirchentage problemlos bereitgestellt wird. Im Falle des Blockupy-Bündnisses verweigerte die Stadt jedoch den Dialog mit dem Blockupy-Bündnis: <http://blockupy.org/5165/pressemitteilung-stadt-verweigert-dialog-mit-blockupy-flashmob-auf-dem-roemerplatz-hat-stattgefunden/>

(2) Es wird behauptet, dass das Bündnis sich weigere sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Man muss dabei die Gegenfrage stellen, wer hat denn je vom Bündnis gefordert sich zu dieser zu bekennen? Von weigern kann insofern keine Rede sein, eher gab es nie einen Anlass dazu. Auch der StuRa hat sich beispielsweise nie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannt. Warum sollte er auch, wenn dazu kein konkreter Anlass vorliegt? Die Haltung, die das Bündnis zur Demokratie einnimmt, wird in einem Satz aus dem jüngsten Aufruf deutlich: „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.“: <https://blockupy.org/18m/aufruf/>

(3) Es wird behauptet, dass das Blockupy gewaltbereite Gruppen als Teil des Bündnisses dulde. Richtig ist, dass das Bündnis ein Überschreiten des Aktionskonsenses stets deutlich kritisiert hat und insbesondere im organisierenden und koordinierenden Kern des Bündnisses nur Gruppen geduldet werden, die sich zum friedlichen Aktionskonsens bekennen und diesen umsetzen. Das Bündnis sieht die deutlich interne Kritik als das beste Mittel, dass zukünftig sein Aktionskonsens eingehalten wird. Zudem kritisiert Blockupy es auch öffentlich, wenn sein Aktionskonsens überschritten wird: <http://blockupy.org/5893/6000-bei-morgendlichen-blockaden-gegen-toedliche-krisenpolitik-nicht-alle-aktionen-im-blockupy-konsens-bunte-demo-angestrebt-2/> Würde das Bündnis es bei bloßen Distanzierungen belassen, so würde dies nicht dazu führen, dass zukünftig weniger gewalttätige Ausschreitungen stattfinden. Leute die auf Gewalt bei Demonstrationen zurückgreifen, können nicht durch bloße Distanzierungen davon abgehalten werden zukünftig wieder die Demonstrationen zu besuchen. Sie müssen stattdessen überzeugt werden, dass Gewalt nicht der richtige Weg ist.

(4) Es wird behauptet, dass das Bündnis es ablehne Vorkehrungen zu treffen, dass die

Teilnehmenden der Bündnis-Proteste keine „Maßnahmen zur Verhinderung von Mitnahme von Material das zu Eskalationen führen kann“, treffen würde. Richtig ist, dass in allen Info-Materialien, welche an Aktivisten herausgegeben werden, damit sie sich auf die Proteste vorbereiten, ihnen deutlich gesagt wird, dass sie keine „Waffen und gefährliche Gegenstände, wie Messer, Pfeffeerspray usw.“ mitnehmen sollen. Außerdem werden die Aktivisten aufgefordert keinen „Alkohol oder andere Drogen“ mitzunehmen:

<http://blockupy.org/18m/blockaden/vorbereitung/>

Teils wird obige Behauptung auch damit verknüpft, dass es in Bussen und Sonderzügen auch Taschenkontrollen geben sollte. Dies ist rechtlich nicht möglich. Die Kontrolle von Taschen und Rucksäcken ist ein Privileg der Polizei. Einfache BürgerInnen haben das Recht Personen abzutasten und die Sachen, welche diese mit sich tragen zu durchsuchen, nicht.

(5) Es wird behauptet „Mitglieder des Bündnisses haben teils zu Gewalt aufgerufen“. Belege werden hier nicht geliefert. Den AntragsstellerInnen liegen keine Erkenntnisse vor, das eine der vielen hundert Gruppen und Organisationen, die Teil des Blockupy-Bündnisses sind, zu Gewalt aufgerufen hätte.

(6) Es wird der Vorwurf erhoben, dass im Vorfeld Tipps gegeben wurden wie man sich der Identifikation durch Behörden entziehen kann. Der Vorwurf besteht also darin, dass Menschen versucht haben sich gegenüber staatlicher Überwachung zu schützen. Denn nichts anderes ist es, wenn Behörden bei genehmigten Protesten versuchen massenhaft Identitäten zu erfassen. Tatsächlich gab es eine AG Antirepression, die aufgearbeitet hat, wie man sich gegenüber den Behörden verhalten soll. Daraus lässt sich jedoch nicht der Schluss ziehen, dass das Blockupy-Bündnis gewaltaffin wäre, sondern lediglich eine kritische Einstellung gegenüber staatlicher Überwachung hat. In Zeiten von Snowden ist dies etwas, was die Mehrheit der Bevölkerung teilt. Der einzige Unterschied zwischen Blockupy und der Mehrheit der Bevölkerung besteht darin, dass sich Blockupy systematisch darum Gedanken macht wie man sich vor Überwachung schützen kann.

3. Schutzbereich des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)

Eine Blockade muss auf die öffentliche Meinungsbildung gerichtet sein, damit sie in den Schutzbereich des Art. 8 I GG fällt. Unter das Versammlungsgesetz fallen auch Blockadeaktionen, die der öffentlichen Meinungsbildung dienen, die sogenannten demonstrativen Blockaden (VG Stuttgart, BeckRS 2014, 57876). Geht es bei einer Blockade vorrangig um die Beeinträchtigung von Rechten Dritter, ist diese nicht von Art. 8 I GG geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.163). Die Blockade darf kein Selbstzweck sein, sondern ein Kommunikationsmittel zur Verstärkung der Wirkung in der Öffentlichkeit (BVerfG, NJW 2002, 1031, 1032). Bei einer Demonstration ist nicht lediglich das Zusammenkommen von Menschen an einem Ort geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Der Grund hierfür ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Meinungsbildungsprozess auch gegen große Verbände und finanzstarke Institutionen behauptet können müssen (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Versammlungen an besonderen Orten, um Eindruck auf die politischen Entscheidungsträger zu machen, sind somit ebenfalls geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass eine Sitzdemonstration nicht nach § 240 StGB strafbar ist, dies wäre ein Verstoß gegen Art. 103 II GG (BVerfG, NJW 1995, 1141, 1141).

(b) Ä2: Stellungnahme zu den Blockupy-Protesten

Antragssteller: Felipe Corral

Streiche alles und ersetze durch:

Am 18. März kamen rund 17.000 Demonstranten nach Frankfurt. Ein Großteil von ihnen nahm an friedlichen Demonstrationen teil. Die Proteste am Nachmittag des 18. März in Frankfurt waren eine wichtige Gelegenheit für Studierende zusammen mit anderen Menschen ein Zeichen der Solidarität in Europa zu setzen. Besonders in Zeiten zunehmender Europaverdrossenheit ist es wünschenswert, dass so viele Menschen ihre Kritik an der bestehenden EU-Politik in einem explizit pro-europäischen Bündnis wie Blockupy auf die Straße tragen. Das Blockupy-Bündnis konstituiert sich unter anderem durch seinen Aktionskonsens als friedliches Bündnis. Dieses Selbstverständnis umfasst auch Aktionen zivilen Ungehorsams wie etwa Menschenblockaden.

Dennoch traf dies allerdings auf eine große Gruppe, nach Polizeiangaben bis zu 2000 Personen (nach Angaben anderer Quellen 200), nicht zu: Seit den frühen Morgenstunden randalierten sie in der Rhein-Main-Metropole, zündeten 55 Polizeiautos an, griffen Gebäude an, errichteten brennende Straßensperren und attackierten Polizeikräfte. Die Bilanz des 18. März: eine große friedliche Demonstration wurde von die Randalen einiger gewalttätigen Gruppen überschattet. Fest steht, dass es großer materieller Schaden gab, dass es Verletzte auf Seiten der Polizei und der Demonstranten gab, und dass es eine feine Linie gibt, zwischen zivile Ungehorsam und Respektlosigkeit vor dem Gesetz, und diese übertreten wurde.

Hierzu soll schließlich betont werden, dass die Randalen außerhalb vom Konsens des Blockupy-Bündnis stattgefunden hat und dass es überhaupt keinen Hinweis dafür gibt, dass die MitfahrerInnen des vom Referat für politische Bildung mitfinanzierten Busses irgendwie mit gewalttätigem Verhalten verbunden werden.

Nichtdestotrotz will das Referat für politische Bildung, sowie die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg ausdrücklich sagen, dass sie jede Form von Gewalt, egal woher diese kommt, und unabhängig davon, ob physischer, psychologische oder struktureller Natur ablehnen. Somit distanziert sich dieses Organ von den gewalttätigen Geschehnissen des 18. März.

Die von der Troika vorangebrachten Maßnahmen, welche für großes Leiden im europäischen Süden mitverantwortlich sind, mögen ein Grund für das Entsetzen und die Wut unter großen Teilen der Bevölkerung sein. Dennoch kann die Idee einer friedlichen Demonstration, die gegen viele ungerechte Zustände protestiert, nicht durch gewaltvollen Auseinandersetzungen zerstört werden.

So wie die Griechen oder Spanier ein Recht haben, über ihren eigenen Schicksal entscheiden zu dürfen, und dafür auf die Straßen zu gehen, und viele sich dazu in Deutschland solidarisieren wollen, haben Deutschen Staatsbürger den Recht, das ihr Eigentum und ihre Gesetze in ihren Land respektiert werden. Gewalt und Respektlosigkeit vor dem Gesetz sollen egal woher sie kommen, abgelehnt werden.

14.2 Aufhebung des Blockupy-Beschluss des Referats PoBi (1. Lesung)

Anmerkung der Sitzungsleitung: Der Antrag wird derzeit noch einer juristischen Prüfung unterzogen.

Antragssteller: Lukas Hille

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

Der Referatsbeschluss des Referats für politische Bildung vom 7. Februar 2015 zur Unterstützung einer Podiumsdiskussion der Gruppe Akut (+C) und der Unterstützung eines Buses zu den Protesten in Frankfurt („Blockupy“) am 18. März 2015 wird aufgehoben.

Begründung erfolgt mündlich.

<h3>TOP 15: Umbenennung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda) (1. Lesung) (Dringlichkeit)</h3>

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

„Das „Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda)“ wird umbenannt in „Referat für Öffentlichkeitsarbeit.“

Begründung:

Der Zusatz zum Referatsnamen hat in der Vergangenheit nicht nur in den Wahlkämpfen zu Irritationen in der Öffentlichkeit geführt. Der Name führt zu Assoziationen, die das Referat und damit die Verfasste Studierendenschaft (VS) als Ganzes, in ein schlechtes Licht rücken. Wenn die VS professionell auftreten möchte und das Referat unbeeinflusst mit allen Gruppen zusammenarbeiten soll, sollte der Name geändert werden.

Vorstellung: Problem der Namensgebung wird dargestellt. Grund: Arbeitserleichterung, Historie, Satire-Idee.

Kommentar: Evtl. Streichung der Öffentlichkeitsarbeit? Humor zeigen durch Titel „Agitation und Propaganda“.

Kommentar: In verf. Studierendenschaften existiert beides, aber nicht gleichzeitig.

Kommentar: Ernsthaftigkeit / Ernst genommen werden möglich?

Kommentar: Agitation und Propaganda beibehalten plus Widmung an Angela Merkel.

Kommentar: Nicht-informierte Menschen teilen evtl. Humor nicht.

Kommentar: Schlechte Außenwirkung, kein Spaß-Verein.

Antwort: Aktuelle, konkrete Fälle von Schwierigkeiten in der Debatte (z. B. Blockupy).

Sitzungsleitung: Antrag auf Dringlichkeit? → Ja.

Abstimmung des Antrags auf Dringlichkeit:

33 = Ja, 6 = Nein, 3 = Enthaltung → Antrag angenommen. Abstimmung in dieser Sitzung.

Kommentar: Humor ist Geschmackssache und bei Überzeugungsarbeit kann nicht auf gleichen Geschmack gesetzt werden.

Antrag auf Schließung der Redeliste:

Mehrheit auf Sicht

1 = Nein

7 = Enthaltungen → Antrag angenommen, Redeliste wird geschlossen.

Kommentar: Erfahrung aus der Arbeit zeigt, dass der Name nicht funktioniert.

Kommentar: Im Namen ist nicht nur Humor, sondern auch Selbstreflexion.

Kommentar: Zwei Referate „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Agitation und Propaganda“ möglich.

Kommentar: Polarisierung zeigt, dass die Arbeit / Öffentlichkeitsarbeit ankommt.

Kommentar: Inhalt ist gleich. Weniger über Form als Inhalte diskutieren.

Kommentar: In StuRa wird Politik gemacht, darum braucht es einen Namen, der den Sinn des Referats zeigt.

Antwort: Propaganda ist Instrumentalisierung, nicht inhaltlich. Umbenennung auch in Ministerien üblich.

Abstimmung über Änderungsantrag:

9 = Ja

Mehrheit auf Sicht

5 = Enthaltung → Antrag abgelehnt, es kommt zum Hauptantrag.

Keine weiteren Fragen.

Abstimmung des Hauptantrags:

28 = Ja

9 = Nein

2 = Enthaltung → Antrag angenommen. Änderung.

Abstimmung zum TOP 15 Umbenennung eines Referates	Ja	Nein	Enthaltung
Umbenennung des Referates für Öffentlichkeitsarbeit	28	9	2

TOP 16: Plädoyer für Populismus (Diskussion)

Beantragt von DIE LISTE

„Inhaltlich geht es um die Liste DIE LISTE, den Ercedes und leere Worthülsen.“

GO-Antrag auf Nicht-Befassung mit TOP 16.

Abstimmung:

24 = Ja

18 = Nein

2 = Enthaltung → GO-Antrag abgelehnt.

Vorstellung.

Kommentar: Diskussion-TOP verstößt gegen Satzung (Zitat). Unmut / Unwollen wird gegen eine Gruppe geäußert.

Kommentar: Politik muss auch heiter sein, damit sie attraktiv ist.

Antrag auf Schluss der Debatte.

Gegenrede: Alle sollen zu Wort kommen, die noch nicht gesprochen haben.

Abstimmung auf Schluss der Debatte / des TOP:

22 = Ja

14 = Nein

8 = Enthaltung → Antrag abgelehnt.

Kommentar: Witz-Antrag als Aufhänger für Debatte, die um reale Situation (Bashing) geht.

Kommentar: Wenn viel schlecht über eine Gruppe gesprochen wird, ist es Diskriminierung.

Es sollte in einem anderen Punkt über die politische Kultur im StuRa allgemein gesprochen werden.

Kommentar: Diskriminierungsbegriff kontrovers zu angesprochener Gruppe, da keine kleine Gruppe.

Kommentar: Es wird auch nicht Gender-spezifisch gesprochen, darum herrscht hier auch eine Diskriminierung vor.

Kommentar: Warum sind so wenige Frauen auf RednerINNENlisten? Bei Kritik an Gruppen genauere Angaben machen, was genau.

Antrag auf Schließung der Rednerliste.

Inhaltliche Gegenrede: Offensichtlich gibt es Probleme.

Abstimmung der Schließung der Redeliste:

11 = Ja

20 = Nein

14 = Enthaltung → Antrag abgelehnt.

Kommentar: Es sind keine Frauen auf der Liste, weil keine Frauen sich dafür melden.

Diskriminierung Männern gegenüber bei Öffnung der Redeliste nur für Frauen (geschlossen ist geschlossen).

Kommentar: Zeitverschwendung, da sich keine Frauen melden.

Kommentar: Die Frage ist warum, nicht ob sich Frauen melden. Hinweis auf Forschungsbereich. Es geht um den Hinweis auf gesellschaftliche Probleme, die es auch im StuRa gibt. Evtl. fühlen sich Personen entmutigt, wegen der Redekultur im StuRa. Die Instrumente sind ein guter Kompromiss.

Kommentar: Probleme der Besetzung und scheinbar Männer-Überhang auf Redeliste.

Frage: Fühlen sich hier einige Fachschaften / Gruppen diskriminiert? Wenn ja, wäre es evtl. sinnvoll die autonomen Referate zu Diskriminierung zu befragen / einzusetzen.

Kommentar: Generaldebatte über Diskriminierung sollte gesondert geführt werden. Es geht um Herangehensweisen an das Thema. Es gibt auch viele Frauen, die sich engagieren, die aber auch aus anderen Gründen als Frauen-Diskriminierung nicht in den StuRa kommen.

Kommentar: Nachfrage zur Formulierung des vorherigen Kommentars.

Kommentar: Es gibt / und muss keine Fronten zwischen Frauen und Männern im StuRa

geben. Positive Äußerung über Situation als Frau im StuRa.

Kommentar: Diskriminierungsbegriff? Fachschaft Jura wurden im Verlauf unterschiedliche Aussagen zugeordnet, welche nicht von dieser getroffen wurde – Aufsummierung / Zuschreibungen. Es geht um Inhalte, nicht von wem was kommt (persönlich möglich, aber nicht als „Jura Fachschaft“).

Kommentar/Gegenkommentar: Klärung der Bezugnahme.

Kommentar: Wichtige Diskussion, daher neuer TOP „Diskriminierung“. Wahrnehmung ist subjektiv und Sensibilisierung ist eine Barriere – es gibt kein Diskussion-Ergebnis und es gibt auch keinen Anlass für die ganze Diskussion. Daher Antragstellung nötig.

Antrag auf Schließung der Redeliste. Antrag auf TOP „Diskriminierung“ in der nächsten Sitzung.

Gegenrede: Gefühl der Diskriminierung muss jetzt geklärt werden, sonst ist Gleichberechtigung gescheitert.

Abstimmung auf Antrag zur Schließung der Redeliste:

Mehrheit auf Sicht

4 = Nein

5 = Enthaltung → Antrag angenommen.

Kommentar: Awareness-Teams einrichten?

Kommentar: Populismusbegriff falsch verwendet. Man kann Wahrnehmung schärfen, aber Problem hier nicht ganz lösen, da wir das Spiegelbild einer auch sexistischen Gesellschaft sind. Evtl. Wiederholung eines Gender-Workshops zur Reflexion?

Kommentar: Klärung verwendeter Begriffe.

TOP 17: Positionierung des StuRa zu Verhandlungen mit VRNextbike (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Antragssteller*in: Kevin Korffmann (Verkehrsreferat)

Antragsart:

Inhaltliche Positionierung

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, dass das Verkehrsreferat damit beauftragt wird, Verhandlungen mit VRN und nextbike für das bike-sharing System VRNextbike aufzunehmen. Es wird eine Testphase (ca. 5-6 Woche im Juni/Juli) angestrebt und befürwortet. Die Kosten werden noch mitgeteilt und separat zur Abstimmung gestellt. Im Anschluss an die Testphase soll ein 3-Jahres-Vertrag folgen. Dieser sieht bisher grobe Kosten pro Studierenden / Semester im 1. Jahr von 1,80€; im 2. Jahr von 2,00€ und im 3. Jahr von 2,20€ vor. Als Gegenleistung erhalten alle Studierenden einen kostenfreien Zugang zum VRNextbike System (keine Anmelde- oder Jahresgebühr) sowie 30 min. kostenfreie Fahrt für ein Fahrrad. Der Vertrag wird ebenfalls wenn er im Detail verhandelt ist im StuRa zur Abstimmung vorgelegt.

Begründung des Antrags:

Das bike-sharing Systems VRNextbike in der Metropolregion ist ein wirksames Instrument um den Radverkehrsanteil in Heidelberg zu erhöhen und die Mobilität für Studierende kostengünstig zu verbessern. Die Positionierung bzw. ein Meinungsbild soll die Verhandlungen für das Verkehrsreferat vereinfachen bzw. eine Orientierung geben. Kontakt zu Akteuren (Universitätsbauamt, Stadtverwaltung, PH, URZ, Studentenwerk) wird in den nächsten Tagen hergestellt. Weitere Verhandlungen mit VRN und Nextbike werden Anfang Juni erfolgen.

Offene Fragen:

Sind solche Verhandlungen generell gewünscht?

Können die Kosten mit bisherigen VS-Beiträgen gedeckt werden? Bzw. ab wann wäre eine Erhöhung nötig?

Ab wann wird die Testphase als erfolgreich angesehen?

Vorstellung.

Kommentar: Nicht „hinterher sein“ und unterstützen.

Änderungsantrag: Letzter Satz ersetzen in „Wenn der Vertrag ausgehandelt ist, entscheidet der StuRA über das weitere Vorgehen“. → Debatte nach Vertrag

Abstimmung über Änderungsantrag:

Mehrheit auf Sicht

0 = Nein

4 = Enthaltung → angenommen.

Frage: Fahrräder genau dort, wo keine Fahrräder sein sollten. Auch Konflikt mit Studierenden-Fahrrädern. Wen kann man dazu ansprechen?

Antwort: AGSM: Frage, ob ein Aufbau der Station im N. Feld möglich wäre? In anderen Städten gibt es andere Konzepte, z. B. Marburg durch Studie-Werkstatt betrieben. Gibt es eine Möglichkeit ohne Anmeldung bei externem Dienst das Angebot zu schaffen? Man muss nämlich Handy-Nummer und Mail zur Verfügung stellen.

Kommentar: Andere Konzepte sind gut, aber das ist jetzt in Heidelberg. Darum sollte man sich anschließen.

Kommentar: In einer Fahrrad-Stadt muss man vorsichtig sein, wenn man finanzielle Verpflichtungen eingeht. V. a. Da VRNextbike auf eigene Wirtschaftlichkeit ausgerichtet ist (Bsp. Bielefeld). VRNextbike ist evtl. nicht der beste Partner. Es sollte abgewartet werden, wie es sich entwickelt.

Abstimmung:

20 = Ja

2 = Nein

7 = Enthaltung → Antrag angenommen.

TOP 18: Solidarität mit der VS Freiburg (Dringlichkeit beantragt)

Antragssteller*in: Referat für hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

Antragsart: Sonstiges

Antragstext: Der StuRa der Uni Heidelberg erklärt sich in Bezug auf die Vorfälle am Abend des 30.4.2015 solidarisch mit dem StuRa der Uni Freiburg. In Heidelberg erleben wir häufig, dass es ein Problem ist für studentische Politik Räume bereitgestellt zu bekommen, wenn jetzt schon Rektorate anordnen können, dass die Polizei sogar das Büro einer Studierendenschaft lahmlegt, ist das ein immenser Eingriff in die Selbstverwaltung der Studierendenschaft, der nicht hinnehmbar ist.

Begründung des Antrags:

Die Bereitstellung von Räumen ist nach LHG Aufgabe der Hochschule, der Zugang in diese darf einer Studierendenvertretung nicht verwehrt werden.

Anhang: Pressemitteilung des StuRa der Uni Freiburg ([online abzurufen](#)).

TOP 19: Beendigung der Zusammenarbeit mit dem „ruprecht“ (1. Lesung) (vertagt)

Antragssteller: DIE LISTE

Antragstext:

Hiermit beantragt die Liste DIE LISTE die sofortige Beendigung der Zusammenarbeit und Unterstützung der populistischen Propagandazeitung "ruprecht".

Antrag auf Nicht-Behandlung des Antrags wg. Pressefreiheit und Schädigung des StuRa. Gegenrede: Wegen Nicht-Klärung des Diskriminierungsbegriffs, sollte Antrag eher vertagt werden.

Abstimmung:

24 = Ja

3 = Nein

4 = Enthaltung → GO-Antrag auf Nicht-Behandlung angenommen.

(Persönliche Erklärung → wird schriftlich eingereicht)

TOP 20: Ermöglichung der Online-Anmeldung für Sprachkurse im Zentralen Sprachlabor (1. Lesung)

Antragssteller*in: Liberale Hochschulgruppe Heidelberg (LHG)

Antragsart: Inhaltliche Positionierung

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, die Ermöglichung von Online-Anmeldungen für Sprachkurse des Zentralen Sprachlabors in die Wege zu leiten. Das persönliche

Einschreiben vor Ort soll selbstverständlich weiterhin möglich sein. Das zuständige Referat soll hierzu Kontakt mit der Direktion des Zentralen Sprachlabors aufnehmen.

Begründung des Antrags:

Wie auch bei vielen anderen Kursen sollte es möglich sein, sich für Sprachkurse auch online einschreiben zu können.

Die Warteschlangen bei den Einschreibeterminen sind jedes Semester lang. Außerdem sollte man es den Studierenden ermöglichen, einen Sprachkurs besuchen zu können, selbst wenn man keinen der zwei Einschreibetermine wahrnehmen kann.

Selbstverständlich müssten die Einstufungen weiterhin vor Ort durchgeführt werden, auch sollte man es den Studierenden weiterhin ermöglichen, sich vor Ort einzuschreiben.

Vorstellung.

Kommentar: An Direktorium wenden. Was sind die Gründe? Offensichtlich Geld, vtl. Lösung über QuasiMi? Es sollte aber ein Gesamtüberblick über Ursachen erfolgen, evtl. durch Einladung Zuständiger.

Kommentar: Antragsverbesserung / -prüfung.

Kommentar: Bisher gute Erfahrungen mit Gesprächen mit dem Sprachlabor.

Keine weiteren Fragen.

(Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Es sind 28 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Damit ist keine Abstimmungsfähigkeit gegeben).

Sitzung wird geschlossen.

TOP 21: „The lost sons of Marx“ (1. Lesung)

Antragstitel: „The lost sons of Marx“ (Daily Telegraph 16.04.1968)

Antragsuntertitel: Zur Förderung des geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiums

Antragssteller*in: Sebastian Rohleder für die Grüne Hochschulgruppe

Antragsart:

(Zutreffendes bitte stehen lassen)

- Inhaltliche Positionierung**

Antragstext:

Der StuRa spricht sich für die Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg aus. Gerade diese Fächer finden in einer immer stärker wirtschaftlichen Hochschule und in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft keine Beachtung mehr. Sie bilden aber die Grundfeste für unsere demokratische Gesellschaft und in ihnen kann als einzigen das kritische Reflektieren von Gesellschafts- und Staatsformen gelehrt und gelernt werden. Diese kritische Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen und deren Handeln sieht der StuRa als wichtigstes Instrument zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft, die er auch an der Hochschule in der akademischen Selbstverwaltung weiter verankern möchte. Die Ausgestaltung der Förderung wird dem Referat für Lehre und Lernen überlassen.

Begründung des Antrags:

ist wichtig und ich wollte schon lange einen Antrag mit dem Titel stellen.

TOP 22: Sonstiges

Anlagen

Anlage 1 – Bericht des Referates für Lehre und Lernen

RefKonf 20.05.2014

LeLe: Ein Antrag auf QuaSiMi wurde eingereicht. Frau Reutner soll noch einmal von Emanuel über die Sachlage bezüglich der Spüle aufgeklärt werden. Ein anzuschaffender Beamer wurde mit Kooperation von Harald ausgewählt und soll in Kürze beim StuRa beantragt werden. Die Anschaffung eines Wassersprudlers wird als sinnvoll erachtet. Kostenvoranschläge sollen eingeholt werden

12.06.2014

1.1a LeLe Arbeitet mit Fiebereifer an vielerlei Projekten.

3.1.2 Das LeLe-Referat möchte gerne die nächste LA-LAK besuchen und braucht dafür Fahrtkosten. Der Antrag wird einmütig bei einer Enthaltung angenommen.

25.07.2014

LeLe Referat: Sprechstunden nach Vereinbarung in der vorlesungsfreien Zeit

19.08.2014

LeLe-Referat: Henrike Arnold beantragt die Erstattung der Reisekosten für eine Fahrt nach Stuttgart und zurück am 28.8. i.H.v. 23 bzw. 27 Euro (BW-Ticket): Die Vorsitzende des Landesfachausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst der CDU hat zu einem Gespräch über die anstehende Lehramtsreform eingeladen. Bisher interessiert sich die Politik nicht bzw. kaum für die Meinung der Studierenden in dieser Angelegenheit. Besonders die Regierungsparteien haben bisher keinen Kontakt gesucht. Das Gespräch bietet die Chance, endlich auf die Politik einwirken zu können, die großen Probleme, die wir sehen und im Positionspapier (StuRa-Beschluss vom 12.8.) festgehalten haben, darzulegen und so vielleicht noch etwas bewegen zu können. Da es bei solch einem Gespräch von Vorteil ist, es nicht alleine führen zu müssen (meist vergisst man ja doch etwas), soll eine Begleitung (vorzugsweise aus unserem AK Lehramt) gewonnen werden. Dafür: 4 (einstimmig) Der Antrag ist angenommen. Anmerkung: Ein Vortreffen ist erwünscht.

12.12.2014

Lehre und Lernen: Hat mit dem Mieterverein kommuniziert. Dieser ist einverstanden nicht an der Rechtsberatung teilzunehmen. Termin für Gespräch mit allen Akteuren ist im Januar geplant, Interessierte, welche mitarbeiten möchten, sind herzlich eingeladen. Möchte Referat ausschreiben, um diese Aufgabe (Rechtsberatung) langfristig zu koordinieren. Nach kurzer Diskussion wird diese Aufgabe eher als Teil des Justizreferats angesehen. LeLe übernimmt bis das Justizreferat besetzt ist. 5 LeLe ist an Ausgleichsregelungen in Prüfungsordnungen für schwangere Studentinnen dran. Öffentlichkeitsarbeit soll im Fokus von LeLe in Zukunft ein Hauptpunkt sein.

19.12.2014

LeLe: Wir haben die HfJS angeschrieben, ob sie ihre Termine nicht auch an unseren Bürodienst schicken möchten, damit wir sie weiter verbreiten können, z.B. über sofo. Die HfJS hat dieses

Angebot dankend angenommen und wird dem Bürodienst ab sofort ihre Termine schicken. Unsere nächsten Themen werden Evaluierungen, Nachteilsausgleich für Schwangere, Rechtsberatung und Vernetzung von stud. Gruppen sein.

09.01.2015

Referat für Lehre und Lernen: - Pause über die Feiertagszeit. Trotzdem Termin mit dem Anwaltsverein zur Rechtsberatung gemacht. Mail-Kontakt zu „Pro Bono“ läuft gut, zum Sozialreferat gar nicht, obwohl diese auf jeden Fall mitmachen wollten. Das LeLe-Referat wird dadurch an der zügigen Umsetzung gehindert. Im Januar wird es einen Termin mit dem Anwaltsverein geben. Als Räume werden im ersten Jahr die Räume in der Sandgasse verwendet. Danach wird man sehen. - Außerdem setzt sich das für den Schutz von Schwangeren ein, so dass sie nicht durch Prüfungsordnungen diskriminiert werden, wie es bisher der Fall ist. - Wir haben Philipp Mallow kontaktiert, der im StuRa einen besseren Online-Kalender beantragt hat. Wir werden uns treffen und an einer Lösung arbeiten, die sofo-hd miteinschließt.

20.01.2015

Referat für Lehre und Lernen: Wir haben ein Treffen mit dem Anwaltsverein organisiert <http://sofo-hd.de/event/1421744229> Wir organisieren ein Treffen zum Onlinekalender. Termin wird bekanntgegeben. 30.1. 10 Uhr ist ins Auge gefasst. Wir haben beim URZ wegen Moodle Datenschutz nachgehakt. Von ZENDAS kam noch keine Antwort. Alle Mails Infos wurden an Refkonf@stura weitergeleitet. Wir würden gerne die Stura Protokolle auf der Stura Homepage verlinkt sehen. Wir haben Ruprecht wegen Aufklärung über Möglichkeiten der VS angeschrieben: "Hallo liebe Redaktion, wir wollten euch fragen, ob ihr über die Partizipationsmöglichkeiten in der VS berichten wollt. Ihr wart ja bei der letzten Sturasitzung dabei und habt wahrscheinlich auch unseren TOP 14

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/2/Sitzungsunterlagen/Sitzungsunterlagen_13012015.pdf mitbekommen, der dieses Thema anschneidet. Wir finden es schade, dass viele studentische Gruppen nicht wissen, dass sie bei StuRa, RefKonf und Referaten (finanzielle) Mittel oder andere Hilfen für Projekte beantragen können. Auch kennen viele weder sofo-hd.de noch die Etherpads, Emaillisten und Wikis der VS, die jedem Studi offen stehen. Dieser Umstand ist ein unnötiges Hindernis von studentischer Teilhabe und coolen Studiprojekten in Heidelberg. Gerne stehen wir für Rückfragen zur Verfügung." Wir haben das Büro für Chancengleichheit angefragt, ob man sich wegen dem fehlenden Nachteilsausgleich für schwangere Studentinnen an der Uni Heidelberg treffen könnte. - interessante Links:

http://www.rnz.de/heidelberg/00_20150117060000_110823473-Auslaender-Migrationsrat-Wirsind-absolut-sich.html

10.02.2015

Referat für Lehre und Lernen: Nachteilsausgleich für schwangere Studentinnen: Das Büro für Chancengleichheit ist nicht zuständig. Wir haben das Gleichstellungsbüro angefragt. In einem Telefonat im Dezember 2014 mit dem Gleichstellungsbüro wurde uns gesagt, dass sie sich nicht zuständig fühlen. Alles sehr verwirrend. Wir bleiben dran. Webseite: Wir würden uns eine Unterseite auf der StuRa Homepage wünschen, die die Sekretärinnen und Hiwis vorstellt. Lele Seite: Wir sammeln auf der Lele Seite Tipps und Tricks, die sonst nirgends Platz finden.

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/referate/lehre-und-lernen.html> Diese Liste ging an die FSen. Online-Kalender: Es gibt ein Treffen am 30.1. 10 Uhr <http://sofo-hd.de/event/1421942336> Erste-Hilfe-Kasten: Wir beantragen einen neuen gut ausgestatteten Erste-Hilfe-Kasten fürs StuRaBüro und evtl. auch für die Sandgasse. Der Kasten im StuRa-Büro ist ungenügend, wie wir bei einer

Schnittverletzung in KW5/15 feststellen mussten. Disclaimer auf Stura Seite: Wir haben auf der StuRa Homepage Disclaimer zur ehrenamtlichen Arbeit eingefügt. z.B. "Disclaimer: Die Arbeitskreise arbeiten ehrenamtlich." Vortrag Sexuelle Minderheiten und Schule in Japan: Wir haben mit der Gastprofessorin geredet, die das veranstaltet. Sie arbeitet schon mit dem Queerreferat zusammen und wird Reisekosten und Druckkosten bei der Refkonf beantragen. Der Hinweis auf das Queerreferat ist schon auf dem Posterentwurf. Natürlich kommt unser Logo noch drauf. Wohnen: <https://housinganywhere.com/> hat im StuRa-Büro angerufen. Wir haben sie an Sitzungsleitung bzw. Sozialreferat verwiesen, weil wir uns dafür nicht zuständig sehen. AG Lele Europ. Kunstgeschichte gegründet WiSe 2014/15: Maria-Chiara hat bei uns angerufen und uns erzählt, dass VL dort oft 1/3 wieder rausgehen. Sie haben einen Fragebogen für Profs erstellt, um zu verstehen, warum das ist. Datenschutzfragen und Formulierungen sind noch das Problem bei der Fertigstellung des Fragebogens.

24.02.2015

Referat für Lehre und Lernen: Treffen mit Anwaltsverein: <http://sofo-hd.de/event/1423558246> Protokoll etc. im Pad <http://stura.uni-heidelberg.de:9001/p/rechtsberatung> Mitarbeit sehr erwünscht!! Meldet euch einfach beim Referat für Lehre und Lernen des StuRa. Nachteilsausgleich für Schwangere (Studis): Treffen im April mit der Zuständigen der Uni

10.03.2015

Referat für Lehre und Lernen: -Arbeitet weiterhin an Rechtsberatung. Die Rechtsgebiete und der Turnus wurden an den Anwaltsverein geschickt, der diese Infos aufbereiten wird und im nächsten Mitteilungsblatt nach Freiwilligen/Beratern suchen wird. -Wir heißen es nicht gut, wenn andere Referate (Soziales und Internationales) wie Hillary Clinton verfahren und statt offizieller StuRa Infrastruktur (z.B. @stura Adressen) Facebook, andere Etherpads etc. benutzen. Wir sollten uns auch fragen, ob man auf @refkonf Listenmails mit nicht- @stura/uni-hd antworten sollte, denn so werden die Inhalte in der Zitatebene weitergeleitet. -Es hat sich eine Person bei uns gemeldet, die einen Härtefallantrag in WPO Englisch stellen möchte. Allerdings soll das angeblich nicht möglich sein. Wir recherchieren. - Datenschutz-Skandal: Mittlerweile hat sich der Zugriff auf personenbezogene Daten via Moodle von 33.362 auf 33.889 Datensätze (meistens von Studis) erhöht.

24.03.2015

Referat für Lehre und Lernen: 5 Wir wurden von einer Studentin um Hilfe gebeten, deren Prüfungsanspruch in der WPO in Gefahr ist. Anscheinend wurde ihr von ihrer Dozentin geraten keinen Widerspruch einzulegen. Ich bin in engem Kontakt zu ihr und wir schauen gemeinsam, ob sie in ein anderes Bundesland wechseln kann oder ein anderes Studium aufnehmen muss.

31.03.2015

Referat für Lehre und Lernen:

Wir sind noch immer an dem Härtefall dran. Anscheinend gibt es keine harten Fristen zu denen Bescheide oder Entscheidungen über den Verlust des Prüfungsanspruchs eingehen müssen. Im Falle eines Hochschulwechsels kann dies zu Herausforderungen führen. Zum Glück hat die Betroffene eine Rechtsberatung durch die GEW und Begleitung Seite 4 Refkonf 31.03.2015

durch uns. Allerdings müssen wir festhalten, dass sie noch keinen Bescheid erhalten hat und so auch noch kein Widerspruch beim allgemeinen Lehramtsprüfungsausschuss, in dem Fabian sitzt, eingelegt werden konnte. Allerdings wurde der Betroffenen schon

Anfang März eine Kopie eines Bescheids durch die Dozentin gegeben, obwohl Herr Kempter ihr diesen zuschicken müsste. Alles sehr verworren. Die Betroffene wird die Hochschule wechseln und im Zweifelsfall den Rechtsweg bestreiten, um Lehrerin werden zu dürfen.

Für die Rechtsberatung beim StuRa gilt weiterhin der Aufruf zur Mithilfe. Unser Referat stemmt diese Aufgabe seit Frühling 2014 alleine und bisher kamen leider nur wenige Menschen zu den Treffen. Mitte April soll es wieder ein Treffen geben. Den Termin werden wir noch bekannt geben.

17.04.2015

Referat für Lehre und Lernen:

In Absprache mit PolBil und Verkehrsreferat haben wir eine Erinnerung zu den Semesterticketkonditionen und ein PSA zu Leihrädern in Aktuelles gestellt. Wir haben eine neue Sprechstunde: dienstags 18 Uhr im StuRa-Büro. Termin ist auch im sofo. Ich habe 25 Exemplare der Broschüre WLAN für alle bei MABB.de bestellt. Das kostet uns nichts, bietet aber wertvolle Informationen zum Freifunk, das ja im StuRa-Büro benutzt wird. Außerdem könnte es bald ein Treffen mit Demi

TOP 4: Personalia (nicht öffentlich)

TOP 5: Berichte

von sofo geben, um zu schauen, wie man sofo noch verbessern könnte. Wir haben noch einmal in Aktuelles darauf hin- gewiesen, dass Anwesenheitslisten datenschutzrechtlich bedenklich sind. Außerdem betreuen wir weiterhin den Härtefall in der Anglistik, der jetzt sogar von Frau Reiher konstruktive Rückmeldung zu möglichen Vorgehensweisen bekommen hat.

Berichte für Refkonf am 28.4.:

Lele: (Stand 23.4.2015)

Wir arbeiten mit Vino an einem Antrag für ein Rechtsgutachten zu ECTS Punkten und deren Reduktion. In Kombination mit selten stattfindenden Pflichtveranstaltungen führt dies regelmäßig zu Problemen für Studis, die eigentlich nur 2 LP brauchen, aber die vollen 6 LP einer Veranstaltung erfüllen müssen. Fabian hat angeboten auf dem Barcamp Rhein Neckar am 18.04.15 eine Session zur VS zu machen, aber leider gab es viele andere interessante Sessions und nur wenige Studis, so dass die Session ausfiel. Wir werden aber eine Doku anbieten, die dem Barcamp Portal zur Verfügung stehen wird. Treffen zur Rechtsberatung am 24.4.15 14 Uhr Sandgasse 7 <http://sofo-hd.de/event/1429608423>

AK LeLe wird wiederbelebt und trifft sich künftig jeden 1. Dienstag im Monat um 18:00, bei Bedarf gibt es weitere Treffen im Monat. 1. Termin für das SoSe ist: 5.5.15, 2.6.15

<http://sofo-hd.de/event/1429253717>

<http://sofo-hd.de/event/1429747277>

Unsere datenschutzrechtlichen Bedenken vom 11.11.14 haben am 21.04.15 zu Veränderungen bei Zugriffsrechten in Moodle geführt! Hier der Bericht von Frau Dethloff:

"das URZ hat mir in der Thematik Folgendes mitgeteilt: "Bei einer Beratung durch Zendas letzte Woche wurde die datenschutzrechtliche Lage zu diesem Punkt neu bewertet.

Die Möglichkeit für die Rollen "Teacher" und "non-editing Teacher", ihre Kursteilnehmer einzeln aus dem Gesamtbestand auszuwählen, wurde entzogen."

Den Härtefall der Anglistikstudentin betreuen wir weiterhin aktiv. Bei Telefonaten offenbaren sich einige inhärente Probleme innerhalb des Faches, z.B. soziale Bezugsnormorientierung etc. Am 23.4. ging Fabian mit ihr in eine Sprechstunde mit der Dozentin, um die Sache hoffentlich abschließend

zu klären und der Studentin zu ermöglichen, weiterhin in Heidelberg studieren zu dürfen. Die Klausur wird jetzt (zum dritten Mal) geprüft und eine Woche später sollte das Ergebnis da sein.

Anlage 2 – Abstimmungsempfehlungen für die Sitzung der Epg-kommission am 22.mai 2015 (wichtig v.a. S. 1f.)

- Zu vergeben sind **ca. 7 Lehraufträge**, auszuwählen aus **32 Anträgen auf Lehraufträge** von 15 Dozenten (mit fachlichem Schwerpunkt Theologie, Philosophie, Bildungswissenschaft). Je Dozent wird i.d.R. nur 1 Seminar zur Annahme empfohlen, dieses Vorgehen ist von den Dozenten selbst gewünscht;
- die zu vergebenden Lehraufträge sollten mindestens den **Kriterien** genügen, die in der **GymPO I (2009)** für das Ethisch-Philosophische Grundlagenstudium festgeschrieben sind:
 - 1 Kompetenzen
Die Studienabsolventinnen und -absolventen
 - 1.1 Bereich Ethisch-philosophische Grundfragen (EPG 1)
 - 1.1.1 verfügen über **Kenntnis ethisch-philosophischer Grundfragen**,
 - 1.1.2 verfügen über die **Fähigkeit zur exemplarischen Bearbeitung ethischer und interdisziplinärer Fragestellungen**,
 - 1.1.3 verfügen über **ein sich daraus ergebendes Verständnis der angewandten Ethik beziehungsweise Bereichsethiken**, [...].
 - 2 Verbindliche Studieninhalte
 - 2.1 Bereich Ethisch-philosophische Grundfragen (EPG 1)
 - 2.1.1 **grundlegende begriffliche Unterscheidungen der Ethik**
 - 2.1.2 **bedeutende Theorien der Ethik**
 - 2.1.3 **ethische Dimensionen und Probleme von Wissenschaft und Forschung**
 - 2.1.4 **wissenschaftstheoretisches Selbstverständnis der jeweiligen Fächer im Gesamtgefüge der wissenschaftlichen Disziplinen** [...].
- **Erarbeitung der Empfehlungen** durch studentische Vertreterinnen der EPG-Quasimi-Kommission (Isabella Kratzmeier, Karla Alex, beide seit WS 2014/15 im Amt), Diskussion in AK-Lehramt, FS Philosophie, Gesprächen mit StudentInnen

I. ZUR ANNAHME EMPFOHLEN

1. Autorität/Gewalt/Gewaltlosigkeit in christlich-sozialethischer Perspektive (Dozent a) Theol.

+ *alltagsbezogenes Thema der friedlichen Konfliktlösung (Anwendungsbezug reicht sogar über Schulbezug hinaus); Schulung ethischer Urteilsbildung durch Fallbeispiele, zugleich Verknüpfung mit grundlegenden eth., pädagog. (Beispiel aus Literaturliste: „Autorität und Schule – Zur Ambivalenz der Lehrerautorität“) sowie anthropolog. Theorien (Interdisziplinarität)*

- *ethische Grundbegriffe nur teilweise vertreten; Aspekt Wissenschaftstheorie, ethische Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

2. Feministische Ethik – Kritik und Reformulierung ethischer Klassiker (Dozent d) Theol.

+ *Einbezug verschied. eth. Theorien, Grundbegriffe und Fragestellungen mit Schwerpunkt auf oft vernachlässigtem Thema der feminist. Ethik, Kontrastierung der Positionen; Care-Ethik Teil des Seminarplans!*

- *Anwendungsbezug zu gering; Aspekt Wissenschaftstheorie, ethische Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

3. Ethik und Schule (Dozent e) Theol.

- + *sehr anwendungsbezogen; Behandlung eth. Grundfragen, -begriffe, Theorien ohne der Aneinanderreihung von klass. Theorien zum Opfer zu fallen (statt: Kant, Aristoteles, Mill: Aktualität von „Tugenden“, Kinderrechte, Toleranz ...); eigenständige Reflexion und authentischer Zugang*
- *Aspekt Wissenschaftstheorie, ethische Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert; Begriff „Toleranz“ sollte spezifiziert werden*

4. Thomas Nagel, Die Möglichkeit des Altruismus (Dozent j) Phil.

- + *gut zugänglicher Text, der nicht nur in sehr kleinen Auszügen, sondern in einer durchgehenden Lektüre gelesen werden kann und wird; TEILWEISE werden weitere eth. Grundpositionen zum Seminarthema in Bezug gesetzt; geringer Anwendungsbezug evtl. der Seminarkonzeption durch Diskussion aufzuwiegen*
- *Aspekt Wissenschaftstheorie, ethische Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

5. Das Begründungsproblem der Ethik – Mögliche Quellen der moralischen Motivation und deren Kritik (Dozent k) Biwi

- + *Seminar deckt Bereich ab, der explizit auf den Kontext Schule bezogen ist, und somit auch das Lehrangebot der Biwi sinnvoll ergänzt. Dennoch ist der eth. Kontext mehr als ausreichend gegeben (Bezug auf philosoph. Tradition der Moralbegründung und Kritik); eth. Urteilsfähigkeit; Ethik als Wissenschaft*
- *dennoch Gefahr der Überfrachtung mit Theorien ohne aufgrund des Seminarumfangs einen Bezug unter ihnen herstellen zu können (Aristoteles, Kant, Utilitarismus, Nietzsche, Marx ...); eth. Dimensionen von Wissenschaft/ Forschung unterrepräsentiert*

6. Peter Singer, Praktische Ethik (Dozent l) Phil.

- + *Dozent setzt Kritik an früheren Veranstaltungen um: Einbezug grundlegender eth. Fragen, Bezug zu Fachwissenschaften der Teilnehmer wird deutlich; Text leicht zugänglich und relativ lebensnah (Tierethik); grundlegender Text, der nicht oft behandelt wird, zudem eth. Dimensionen von Wissenschaft impliziert; grundlegende Theorie des Utilitarismus*
- *nur geringer Anwendungsbezug in Seminarkonzeption vorgesehen; strenge Vorgabe an Texten für einzelne Seminarsitzungen (sollte evtl. offener gehalten werden).*

II. ENTHALTUNG

7. Soziale Gerechtigkeit – Eine künstliche Tugend? (Dozent g) Theol.

- + *versch. Möglichkeiten des Leistungsnachweises; Beginn mit Frage, die zur eth. Urteilsbildung anregt; In-Bezug-Setzung unterschiedl. eth. Theorien (EN, Kant, Mill, ...) mit Fallbeispielen in Referaten; Ethik als Wissenschaft wird diskutiert; eth. Argumentation wird angesprochen*
- *zu umfangreicher Seminarplan; Gefahr der bloßen Aneinanderreihung von Auszügen aus Primärtexten: eher Überblicksseminar, welches im EPG1-Angebot bereits abgedeckt ist; Aspekt ethischer Dimensionen von Wissenschaft und Forschung evtl. unterrepräsentiert*

8. Ethische Tugenden als heikle Balancen moralischen und pädagogischen Handelns (Dozent k) Biwi

- + *Anwendung einer grundlegenden eth. Theorie auf die heutige Lebenswelt; keine Überfrachtung mit eth. Theoriemodellen*
- *weitere wichtige Grundbegriffe der Ethik unterrepräsentiert, ebenso Aspekte der Wissenschaftstheorie, der eth. Dimensionen von Wissenschaft und Forschung; zu starke Fokussierung des gesamten Lehrangebotes auf Aristoteles und Kant, hier ebenfalls Fokus auf antiker Philosophie; Seminar „Das Begründungsproblem der Ethik“ überzeugender.*

9. Hume, Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral (Dozent l) Phil.

- vgl. *Anm. zu Seminar „Peter Singer, Praktische Philosophie“*
- *Text evtl. schwerer zugänglich als Singer, jedenfalls von geringerer Aktualität und*

philosophiegeschichtlicher Brisanz

10. Einführung in die politische Philosophie (Dozent n) Powi.

+ *wichtiges Thema der politischen Philosophie, das überzeugend in einer zeitlichen philosophiegeschichtlichen Ordnung dargebracht werden soll; Anwendungsbezug bietet sich an*

- *Umfang des Seminarplans vermutlich nicht zu bewältigen, sofern Originaltexte gelesen werden sollen, Zugang zu anspruchsvoll; Anwendungs- und Praxisbezug zu gering; viele grundlegende eth. Theorien und Fragestellungen entfallen vermutlich*

III. ZUR ABLEHNUNG EMPFOHLEN

11. Leib/Körper aus christlich-sozialethischer Sicht (Dozent a)

Wie dies auch bei anderen Seminaren der Fall ist, wird dieses Seminar abgelehnt, da es in gleicher Form bereits im SoSe 2015 angeboten wird und es genügend hervorragende Seminare gibt, die zur Annahme empfohlen werden können. So soll die Themenvielfalt auch über mehrere Semester hinweg gesichert werden.

(Zwei identische EPGI-Seminare: „Einführung in die philosophische Ethik“ werden hingegen fortlaufend angeboten, allerdings nicht über QUASIMI finanziert.)

12. Aristoteles, Nikomachische Ethik (Dozent h)

Seminar bereits im SoSe 2015 angeboten

13. Aristoteles, Nikomachische Ethik (Dozent l)

Seminar bereits im SoSe 2015 angeboten

14. Einführung in Immanuel Kants Pflichtethik – Blockseminar (Dozent f)

+ *Bezug zur Schule, Entwurf einer Unterrichtseinheit ergänzt die knappe Fachdidaktik im Lehramtsstudium (außerdem evtl. Ausrichtung zu neuem Lehramt durch Verknüpfung von EPG und Fachdidaktik); Bezug auf Embryonendebatte (Anwendung); zentraler Philosoph; einziges Blockseminar*

- *Überrepräsentation von Kant-Seminaren im derzeitigen Lehrangebot; inhaltlich (gerade als Blockseminar) zu umfangreich, evtl. zu detailliert für ein EPGI-Seminar (das kein Seminar des Studienganges Philosophie ist, vgl. auch die integrierte Fachdidaktik); auch der geplante Entwurf einer ganzen Unterrichtseinheit ist zu umfangreich, es sei denn, dies wird nicht im Seminar, sondern als Hausaufgabe geleistet; zu starke Fokussierung auf Kant; wissenschaftstheoretisches Selbstverständnis der Disziplinen kommt zu kurz*

15. Epikur – oder die Kunst, glücklich zu leben (Dozent b)

+ *Grundfragen der Ethik und Philosophie; grundlegende Argumentationen der Ethik; kritische Urteilsbildung und Anwendung; Thema prinzipiell lebensnah (Sinnfrage)*

- *zu stark auf Epikur ausgerichtet, andere Theorien unterrepräsentiert (Nachteil gegenüber Seminar „Wege zum Glück“); kein Schulbezug; Angewandte Ethik, Wissenschaftstheorie unterrepräsentiert*

16. Wege zum Glück, wissenschaftliche Konzepte und Alltagserfahrungen aus christlich-sozialethischer Sicht (Dozent a)

+ *interdisziplinär; ansprechendes Thema; wichtige eth. Positionen; Schulbezug (Schulfach „Glück“); Reflexion*

- *weniger überzeugend als „Autorität/ Gewalt/ Gewaltlosigkeit“ (Dozent a), da evtl. weniger ansprechend, weniger anwendungsorientiert; eth. Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

17. Evolution der Religion: Gegenwärtige Perspektiven aus Biologie, Philosophie und Theologie (Dozent c)

+ *sehr interessantes und ansprechendes Thema; wissenschaftstheoretisches Selbstverständnis mehrerer Fächer (Interdisziplinarität)*

- *eth. Grundbegriffe und Theorien sowie Anwendungsbezug und grundlegende eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

18. Ethische Modelle (Dozent e)

- + *verschiedene Möglichkeiten des Scheinerwerbs; grundlegende eth. Positionen; reflexiver Ansatz, eigener authentischer Zugang; Blick auf andere Wissenschaftsbereiche, ...*
- *... dessen Umsetzung im Seminarplan allerdings schwierig ist; Anwendungsbezug zu gering; eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung und Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert*

19. Was ist „Toleranz“? (Dozent e)

- + *interdisziplinäre, nicht ausschließlich an oft behandelten klass. Texten der Philosophiegeschichte orientierte Behandlung von eth. Grundfragen; klares Zentrum des Seminars*
- *dennoch zu starke Fokussierung auf Toleranzbegriff; Anwendungsbezug evtl. zu gering; eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung und Dimensionen von Wissenschaft unterrepräsentiert; Seminar „Ethik und Schule“ überzeugender*

20. Kant, Kritik der praktischen Vernunft (Dozent h)

- + *Ethik als Disziplin, Überblick über antike Ethik (als Propädeutikum); Kombination von Überblick und Autorfokussierung (Kant), sehr grundlegendes Werk*
- *zu geringer Praxis- und Anwendungsbezug (Schulbezug); Seminar zu Kant bereits im SoSe 2015, Kant außerdem in vielen anderen Seminarkonzeptionen enthalten; eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung und Dimensionen von Wissenschaft unterrepräsentiert*

21. Max Scheler, Die Stellung des Menschen im Kosmos (Dozent h)

- + *Vorteile wie Seminar „Kant, KpV“; Würdigung als ansprechendes selteneres Lehrangebot (konservative Orientierung)*
- *zu geringer Anwendungs-, Praxisbezug; eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung und Dimensionen von Wissenschaft unterrepräsentiert; (evtl. Rolle der Ethik zu gering bei Scheler)*

22. Philosophische Theorien der Bildung und Erziehung (Dozent i)

- + *Interdisziplinarität; Bezug zum Lehrerberuf; grundlegende eth. Theorien,...*
- *... aber weniger Theorien der Bildung; Angewandte Ethik u. Wissenschaftstheorie (eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung, Dimensionen von Wissenschaft) unterrepräsentiert*

23. Fichte, Die Bestimmung des Menschen (Dozent j)

- + *als selteneres Lehrangebot zu begrüßen; TEILWEISE werden weitere eth. Grundpositionen zum Seminarthema in Bezug gesetzt*
- *Aspekt Wissenschaftstheorie, ethische Dimensionen von Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert; unklar, inwiefern grundlegende ethische Theorien und Begriffe einbezogen werden; zu geringer Anwendungsbezug vorgesehen?; voraussetzungsreicher als Seminar zu „Thomas Nagel“ desselben Dozenten, welches stärker überzeugt*

24. I. Kant und A. Schopenhauer als Antipoden der Ethik (Dozent k)

- + *Fokussierung neben Kant auf (den seltener im Lehrangebot zu findenden) Schopenhauer; Seminarplan nicht zu umfangreich, also umsetzbar; kritische Urteilsbildung/ Philosophiekritik*
- *als EPG-Seminar evtl. zu wenig Überblick über Grundpositionen der Ethik; Anwendungsbezug und eth. Probleme der Wissenschaft und Forschung evtl. unterrepräsentiert; Seminar desselben Dozenten „Das Begründungsproblem der Ethik“ überzeugt etw. stärker*

25. Angewandte Ethik (Dozent m)

- + *angewandte Ethik eher unterrepräsentiert; verschiedene Positionen gut als Einführung geeignet; eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung*
- *Seminar im Verlauf mehrere Semester nahezu unverändert angeboten; zu begrüßen wäre eher das Angebot eines spezifischeren Seminars zur angewandten Ethik (auch im Fachbereich Philosophie generell)*

26. Der Begriff der Freiheit (Dozent m)

- + *verschieden Möglichkeiten der Prüfungsleistung; zentraler Grundbegriff; zentrale philosop. Positionen (Kant etc.)*

- Texte mitunter in englischer Sprache; Zielsetzung des Seminars umfasst nicht alle notwendigen Aspekte: weitere zentrale Begriffe der Ethik, eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung, Wissenschaftstheorie

27. Angewandte Politische Philosophie (Dozent m)

vgl. Kritik zu Seminar „Der Begriff der Freiheit“

+ wichtiges Thema, dessen Anwendungsbezug zu begrüßen ist

- Seminarplan nicht umsetzbar, da zu umfangreich

28. Rawl's politische Philosophie (Dozent n)

+ zentrales Thema der Ethik mit Anwendungsbezug; Voraussetzungen von Rawls werden ebenfalls in Seminarstruktur einbezogen; einige grundlegende Theorien, teilw. auch interdisziplinär

- Unterrepräsentation eines stärkeren Bezugs zu eth. Problemen von Wissenschaft und Forschung sowie Wissenschaftstheorie; Anwendungsbezug zu gering; viele grundlegende eth. Positionen entfallen vermutlich

29. Deontologische und konsequentialistische Ethik (Dozent n)

+ Anwendungsbezug zum Seminarende vorgesehen; Beschränkung auf zwei grundlegende philosoph. Positionen; Lebensweltbezug themat. und durch Seminarkonzeption gegeben; bedeutende Theorien

- bereits im SoSe 2015 Seminare zu Kant und Utilitarismus vorhanden, in den meisten anderen Seminaren ebenfalls als Grundlage enthalten; eth. Probleme, die sich explizit aus Wissenschaft und Forschung ergeben (Bezug zur Angewandten Ethik) und Wissenschaftstheorie unterrepräsentiert

30. Kant, Kritik der praktischen Vernunft (Dozent o)

+ wichtiger Philosoph und Text, der in Auszügen, die allerdings beschränkt sind, im Original gelesen wird

- völliger Verzicht auf Einordnung zu anderen Theorien der Ethik, Anwendungsbezug, eth. Probleme von Wissenschaft und Forschung, Wissenschaftstheorie; Kant im Lehrangebot derzeit überrepräsentiert

31. Kant über das radikal Böse in der menschlichen Natur (Dozent o)

+ Konzeption des Seminars: zunächst Einführung, dann vollständige Lektüre eines ausgewählten Textes;

- Überrepräsentation von Kant-Seminaren; Zugang zu anspruchsvoll, Teil I sollte nicht oder allerhöchstens am Rande mit Auszügen aus Primärtexten arbeiten; Reflexion, Angewandte Ethik sowie Wissenschaftstheorie unterrepräsentiert

32. Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag (Dozent o)

+ evtl. zugänglicherer Text als in den beiden Kant-Seminaren, außerdem Stellung im Lehrangebot angemessener

- zu anspruchsvoll, da eindeutiger Schwerpunkt auf Lektüre von Primärtexten gelegt; weitere Kritik bei den beiden Kant-Seminaren desselben Dozenten.

Weitere Themen der EPG-Kommissionssitzung:

1. Beschluss einer **Tutorenstelle** für das WS 2015/2016 (Tutorium, das seit SoSe 2014 besteht). Tutorium wird mittlerweile stärker nachgefragt, da eine Bewerbung des Tutoriums nun endlich stärker erfolgt; problematisch ist dennoch die zeitliche Überforderung v.a. von Studenten, für welche das Tutorium konzipiert ist (Naturwissenschaftler) und deren daraus resultierende Nicht-Teilnahme. Konzept wird aber gut angenommen.
2. Diskussion über **Finanzierung nach Ende der Qualitätssicherungsmittel** (vermutlich Mittel durch Rektorat – nach Umverteilung der früheren Quasimi – weiterhin zur Verfügung gestellt).
3. **Fortsetzung der EPG-Kommission** (als jetzige Quasimi-Kommission)?
 - nächste Sitzung im November 2015 geplant
 - Es werden **zwei studentische Vertreter gesucht** (aus Theologie oder Philosophie)

Bei Fragen bitte an die studentischen Vertreter Isabella und Karla wenden (Kontakt über AK Lehramt, FS Philosophie)